

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2015-2016

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2015 bis August 2016
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2015
- Vorschau auf 2017



Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 25. August 2016

Bestellnr.: 16-9-02

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/12576

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick.....	4
B	Die Basis unserer Arbeit	10
C	Unsere Arbeit	12
	Unternehmensverantwortung.....	12
	UN-Leitprinzipien konsequent umsetzen	12
	Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gesetzlich verankern	14
	Transparenz einfordern.....	14
	Nachhaltige, menschenrechtskonforme Ressourcenpolitik.....	15
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	18
	Die deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten.....	18
	Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen	19
	Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben	19
	Internationale Klimapolitik	21
	Ein ehrgeiziges und gut eingebettetes globales Klimaabkommen.....	21
	Den Interessen der Verletzlichsten in der internationalen Klimaarchitektur zur Durchsetzung verhelfen	23
	Deutschland zum Motor für ehrgeizige und konstruktive Klimapolitik machen	24
	Mit zivilgesellschaftlicher Begleitung internationale Vorreiter und Allianzen in Klimaschutz und -anpassung unterstützen	24
	Deutsche und EU-Klimapolitik.....	29
	Deutschland als Energiewende- und Verkehrswendeland glaubwürdig machen	30
	EU-Klima- und Energie-Politik aus ihrer Krise führen	32
	Energiewende internationalisieren.....	33
	Koalitionen für die Klima- und Energiewende stärken.....	34
	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	37
	Die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranbringen.....	38
	Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell verankern.....	39
	Entwicklungsfinanzierung.....	42
	Pressearbeit.....	43
	Öffentlichkeitsarbeit.....	45
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	47
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2015	49

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

Kooperation und Transformation in politisch herausfordernden Zeiten: von den Zielen zur Umsetzung

Eine durchaus gute Grundstimmung, Freude und Hoffnung im Team angesichts internationaler Durchbrüche, aber auch größte Sorgen und Ernüchterung angesichts politischer Entwicklungen lagen sehr nahe beieinander im zurückliegenden Jahr.

Der SDG-Gipfel in New York Ende September und der Pariser Klimagipfel im Dezember 2015 haben ambitionierte Ziele gesetzt, die den Schutz sowohl der individuellen und sozialen Menschenrechte als auch der Grenzen des Planeten in den Mittelpunkt stellen. Es hat die Arbeit von Germanwatch in den vergangenen Monaten geprägt, nach dem Jahr der Zielsetzungen nun die viel Energie und langen Atem verlangende Umsetzung voranzubringen.

Das Team und der Vorstand haben angesichts der unterschiedlichen Herausforderungen aus der Perspektive unsere Teams verschiedene Handlungsstränge identifiziert und im Jahr des 25jährigen Germanwatch-Jubiläums begonnen, die Rahmensetzungen von New York und Paris konstruktiv zu interpretieren und bei der Implementierung positiv gestaltend und kraftvoll tätig zu werden.



Bei der Feier zum 25-jährigen Jubiläum und dem Partnerschaftsjahr mit der Stadt Bonn (v.l.n.r.) am 16. Februar 2016 im Alten Rathaus Bonn: Martina Schaub (Südwind), Dr. Karsten Sach (BMUB), Richard Kinley (UNFCCC), Dr. Gerold Kier (Germanwatch), Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Christoph Bals (Germanwatch), Klaus Milke (Germanwatch), Ingrid Hoven (BMZ), Udo Schlüter (Eine Welt Netz NRW), Dr. Koko Warner (UNU-EHS). Foto: Jennifer Zumbusch

Christoph Bals ging im März 2016 in ein fünfmönatiges politisches Sabbatical – „politisch“, weil er angesichts der Krise der EU, der Herausforderung durch die großen Fluchtbewegungen und die Notwendigkeiten der energie-, verkehrs- und agrarpolitischen Transformation neue Handlungsmöglichkeiten und potenzielle Partner kennen lernen wollte. Es war zwar eine Herausforderung für die Organisation, den Politischen Geschäftsführer nur „online“ an Bord zu haben. Aber er führte fast jeden Tag Gespräche und knüpfte Kontakte in Frankreich, Spanien, Marokko, den Ländern Südosteuropas sowie in der Ukraine.

Was ist nun der aktuelle Rahmen für unsere Arbeit?

Viele Menschen, auch EntscheiderInnen, in der EU wollten die Konflikte und Herausforderungen der Welt fein säuberlich aussperren. Eine solche Abschottung ist auf der Basis der Grundwerte der Verfassung nicht möglich und hilft nicht, die Probleme zu lösen. Gleichzeitig ist ersichtlich, dass die EU nicht so aufgestellt ist um wirkungsvoll die großen Herausforderungen anzupacken, die nationalstaatlich nicht mehr zu bewältigen sind. Die Themen Klimawandel und Flüchtlinge zeigen das deutlich. Spätestens der Volksentscheid zum Brexit legt offen, wie dringend der Reformbedarf in der EU ist. Durch die Herausforderung der vielen Flüchtlinge begegnet uns das Thema der globalen Gerechtigkeit in Deutschland und der EU sehr direkt. Und mit dem immer öfter offen ausgelebten Rassismus erleben wir eine sehr besorgniserregende Antwort darauf. Für eine Organisation, der die globale Gerechtigkeit am Herzen liegt und die sich „Germanwatch“ nennt, drängen sich hier neue Handlungsnotwendigkeiten auf. In den letzten Monaten haben wir in Deutschland, in Europa und verschiedenen Teilen der Welt einen massiven Ruck nach rechts erlebt. Selbst ein US-Präsident Donald Trump oder eine französische Präsidentin Marine Le Pen erscheinen nicht mehr ausgeschlossen. Viele der Ziele, für die Germanwatch steht, aber auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft und JournalistInnen kommen vielerorts unter Druck. Es muss neu gekämpft werden für die zivilisatorischen Werte, die die EU seit Jahrzehnten beschworen hat und die in den letzten Monaten massiver unter Druck gekommen sind als je in den letzten Jahrzehnten.

Wird die EU die 2015 verabschiedeten globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen tatsächlich als neuen Maßstab nicht nur für Umwelt- und Entwicklungspolitik, sondern für das Wirtschaften insgesamt akzeptieren? Die Regierungen der Welt haben angekündigt, den Rahmen für wirtschafts- und finanzpolitisches Handeln insbesondere auch in den großen Industrie- und Schwellenländern zu verändern. Mit dem 1,5- bzw. 2-Grad-Limit und den Kernsätzen „Transforming our World“ und „Leave no one behind“ haben sie die Messlatte für das eigene Handeln hoch gelegt. Nun steht die Bewährungsprobe an, in allen Staaten umzusteuern und neue Formen der internationalen Kooperation im Sinne von transformativen Partnerschaften zu entwickeln. Der G20-Gipfel in Deutschland wird schon im kommenden Jahr zeigen, ob die weltwirtschaftlich bedeutendsten Staaten – zugleich für mehr als zwei Drittel der Emissionen verantwortlich – mit einer ernsthaften Umsetzung beginnen. Die geopolitischen Zuspitzungen, die ökonomischen Krisensignale, die politische Horizontverengung in vielen Staaten, die Dominanz hypernervöser Medienhypes, die Verrohung politischen Handelns, die größte Flüchtlingszahl seit Ende des zweiten Weltkriegs – all das verdeutlicht, wie dringend durchdachtes und entschiedenes Handeln ist. Aber auch, wie schwierig es wird.

Mit den SDG haben die Industrieländer akzeptiert, dass es auch für sie massiven Entwicklungsbedarf gibt, dass auch sie „Entwicklungsländer“ sind. Das „Entwicklungsland“ Deutschland sollte im eigenen Land, in der EU aber auch in der Rolle der G20-Präsidentschaft im kommenden Jahr zentrale Akzente setzen, damit das beschlossene Umsteuern zu einer nachhaltigen, dekarbonisierten und inklusiven Entwicklung in den größten Volkswirtschaften gelingt und massive Risiken für Bevölkerung und Wirtschaft auf der ganzen Welt abgewendet werden.

Die Debatte um Rahmenbedingungen für diese notwendige Transformation ist eng verknüpft mit der Debatte um die richtige Wirtschaftspolitik in der EU. Weder kann die dringend erforderliche Dekarbonisierung des Energie- und Verkehrssystems in der EU wie notwendig vorankommen noch die Polarisierung der EU verringert werden, ohne die Schwarz-Weiß-Debatten dabei zu überwinden. Auf der einen Seite hat Deutschland deutliche Kritik verdient. Mit der Einführung des Euro und dessen Bindung an relativ harte Kriterien ist es zum großen Gewinner der EU-Integration geworden. Export- und Leistungsbilanzüberschüsse lägen niemals in der heutigen Größenordnung, wenn es die DM noch gäbe, weil vor allem die südeuropäischen Währungen ihr gegenüber vernünftigerweise schon mehrfach abgewertet worden wären. Das geht im Rahmen des Euro aber nicht mehr, weshalb die „Südschiene“ unter extremen Anpassungsdruck auf Löhne und Sozialsys-

teme gesetzt wird. Der Druck auf diese südeuropäischen Länder wurde noch wesentlich größer durch eine Finanzkrise, die diese nicht ausgelöst haben.

Vor diesem Hintergrund gibt es gute Gründe dafür, dass Deutschland und die reichen Staaten des Nordens an Europas Süden Transferleistungen erbringen und einem Schuldenregime zustimmen, das den betroffenen Ländern und seiner Bevölkerung eine Perspektive gibt, insbesondere denen, die dies am dringendsten bräuchten. Die massive Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern Süd- und Südosteuropas ist nur ein markanter Indikator für den Handlungsbedarf. Wenn solche Investitionen tatsächlich in grüne Infrastrukturen fließen, wäre das auch für eine nachhaltige Perspektive des Landes und die notwendige Transformation ein wichtiger Schritt.

Auf der anderen Seite gibt es auch gute Gründe dafür, dass eine solche Kooperation an deutliche Reformauflagen geknüpft wird. Es ist kontraproduktiv, massiv Mittel in ein Fass ohne Boden zu stecken, damit gar alte Privilegien und oft korrupte Strukturen weiter abzusichern, ohne zugleich den Aufbau handlungsfähiger staatlicher Strukturen (inkl. einer funktionierenden Steuerverwaltung) voranzutreiben. Ein neuer Schuldenaufbau, der keine nachhaltigen Gegenwerte schafft und faktisch nur einer nicht an sozialen und ökologischen Zielen ausgerichteten Konjunkturstärkung dient, ist – ähnlich wie Rohstoffverschwendung – auch eine spezifische Form des Zukunftsverbrauchs. Blickt man in der Geschichte zurück, dann lässt sich leicht erkennen, dass Staatsverschuldung oft als Strategie diente, um Gegenwartskonflikten auszuweichen, etwa in der Steuerpolitik, der Subventionspolitik oder eben bei der Aufrechterhaltung von Privilegien.

Wenn notwendige Investitionen aber tatsächlich in „grüne Infrastrukturen“ fließen, dann könnte dies das Rückgrat für die notwendige Transformation in diesen Regionen sein und zukunftsorientierte Perspektiven für einen Teil der Jugend ermöglichen. Wenn zugleich wichtige Reformen die Handlungsfähigkeit des Staates erhöhen, wo nötig rechtsstaatliche Strukturen befördern und etwa die Steuerstrukturen und das Katasterwesen reformieren, dann öffnet das in der Tat wichtige Zukunftsperspektiven.

Bisher aber zeigt die Geschichte, dass es keineswegs einfach ist, eine entsprechende nachhaltige Zielorientierung durchzusetzen. So auch beim im April vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Bundesverkehrswegeplan. Sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch das Umweltbundesamt kritisierten den Entwurf heftig. Zwar gibt der Entwurf auch grünes Licht für eine ganze Reihe wichtiger, von der Bahn geforderter Schienenprojekte. Aber der Investitionsschwerpunkt auf der Straße bleibt bestehen. Es wird weiter auf Expansion von motorisiertem Individualverkehr gesetzt. Weder das Prinzip „Schiene vor Straße“ noch das Prinzip „Infrastrukturhaltung und -pflege vor Infrastrukturneubau“ wird konsequent eingehalten. Wir drängen nun die Fraktionen im Bundestag, dass sie im weiteren Verfahren das systematische Einbeziehen der SDG und der Pariser Klimabschlüsse sicherstellen. Immer wieder hören wir dabei als Gegenargument, bei den anderen großen Wirtschaftsnationen werde das doch auch nicht besser umgesetzt.

Auch deshalb drängen wir derzeit stark darauf, dass die G20-Staaten im Jahr 2017 eine entsprechende Selbstverpflichtung abgeben, neue Infrastruktur an den Zielen von Paris auszurichten. Das wäre eine wichtige Grundlage, um mit solchem Rückenwind in Deutschland, in den anderen G20-Staaten und auch im Rest der Welt notwendige neue Akzente durchzusetzen. Aber es gilt auch, an andere Hebel zu denken. Auf Europäischer Ebene bieten etwa die Europäische Energieunion und – wo relevant – die Beitrittsverhandlungen für Neumitglieder Ansatzpunkte für entsprechende Rahmensetzungen.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat Deutschland selber erfahren, wie eine Kombination von umfassenden Reformauflagen, Investitionspolitik durch einen Marshallplan und ein großzügiger Erlass von Schulden (1953) den Weg zu einer demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung geebnet hat. Allerdings hinkt diese Analogie, weil heute in ganz anderem Maße ökologische Rahmensetzungen eine Rolle spielen müssen und vieles dafür spricht, dass die „alten“ Wachstumsra-

ten schlicht nicht mehr zu erreichen sind. Die Vorbereitung auf eine Post-Wachstumsgesellschaft muss in der EU deshalb parallel angegangen werden. Sind diese Erwägungen nun eine Grundlage dafür, das Friedensprojekt EU wieder mit Leben zu füllen?

Ein Workshop, den das Global Climate Forum und Germanwatch am 23. Mai 2016 in der Vertretung der EU in Zagreb durchführten, war eine ermutigende Erfahrung: Von vielen VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft kam Zuspruch und großes Interesse für einen „Grünen Korridor für die EU und die Balkanstaaten“. Können Eisenbahnverbindungen, Ladestationen an den Autobahnen, Strom- und Internetkabel ein deutliches Signal der Verbindung der Staaten Südosteuropas mit der EU setzen, dringend benötigte Arbeitsplätze dort schaffen – und zugleich die sozial-ökologische Transformation des Energie-, Mobilitäts- und Kommunikationssystems in die Wege leiten? Kann so die Zivilgesellschaft in der Region noch mehr Rückenwind bekommen? Wie können die Risiken eingedämmt werden, dass in die falsche Infrastruktur investiert wird, die uns auf einem Hoch-Emissionspfad einschließt? Nach dem Workshop hat Christoph Bals diesen Ansatz mit vielen Akteuren in Kroatien, Serbien, Bosnien, Albanien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien und Griechenland weiter besprochen. Das Global Climate Forum und Germanwatch führen in Deutschland, Österreich und in der EU insgesamt derzeit viele Gespräche dazu. Die EU-Krise lässt sich nicht nur, aber auch durch konkrete Kooperationen wirkungsvoll angehen. Wir hoffen, dass die deutsche Regierung eine solche transformative Partnerschaft unterstützen wird.

Wo genau sich Germanwatch bezüglich des existierenden Reformbedarfs der EU anknüpfend an den bestehenden Themenfokus von Germanwatch noch stärker verorten kann, wird in den nächsten Vorstandssitzungen und Mitarbeiterklausuren zu überlegen sein.

Projekte wie ein „Grüner Korridor für die EU und die Balkanstaaten“ können dazu beitragen, eine neue positive Identität um Nachhaltigkeit, mehr transformative Kooperation und Klimaschutz in der EU zu entwickeln. Man sollte sich aber auch keine Illusionen darüber machen, wie schnell das Pulverfass Südosteuropa wieder explodieren kann, wenn die Perspektive EU dort wegbrechen sollte oder soziale und ökologische Fragen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Wir sehen die angestrebte Verbindung und Kooperation mit den Staaten Südosteuropas auch als einen deutlichen Akzent in der aktuellen Debatte, wo es in mehreren Ländern der EU – auch bei uns in Deutschland – bei bestimmten Parteien und Kräften um Abschottung, Nationalismen, Fremdenfeindlichkeit und Kurzsichtigkeit geht.

Auch in diesem Fall stellen die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG, siehe Übersicht auf Seite 9), die alle 195 Staaten der Welt im Rahmen der Agenda 2030 für die Transformation der Welt im letzten Jahr in New York angenommen haben, den Kompass dar. Hier geht es nicht einfach um Wachstum, das oft genug selbstzerstörerisch ist, sondern um selektives und inklusives Wachstum. Nachhaltige Strukturen müssen wachsen, nicht-nachhaltige Strukturen müssen zugleich abgebaut werden.

Damit Deutschland einen solchen Ansatz vorantreiben kann, ist eigene Glaubwürdigkeit und eigene hohe Ambition unverzichtbar. Bis 2050 müssen die CO₂-Emissionen um 95 Prozent sinken, es ist vordringlich, nun zügig einen Ausstieg aus der Braunkohle zu vereinbaren, damit dieser sozialverträglich ablaufen kann. Die Bundesregierung hat sich mit dem Entwurf für eine „Neuaufgabe der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ auf den Weg gemacht, die SDG *in, mit* und *durch* Deutschland umzusetzen. Obwohl der Entwurf neue Wege beschreitet, ist er unzureichend. Germanwatch hat konkrete Vorschläge für Verbesserungen vorgelegt.

Die Bundesregierung hat bereits diesen Juli in New York beim High Level Political Forum, dem höchsten Gremium der UN zum Monitoring der Umsetzung der SDG, als eines von 22 Startländern berichtet, was sie zur Implementierung plant. Auch dies haben wir auf seine Belastbarkeit geprüft und kommentiert.

Uns ist klar, dass das „Entwicklungsland“ Deutschland in einer ganz besonderen Verantwortung steht. In der EU hat das Land nach dem Brexit-Referendum eine noch wichtigere Rolle – und muss aufpassen, nicht als Hegemon wahrgenommen zu werden. Es kann beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 zeigen, wie es die Umsetzung von Paris vorantreibt und neben der Energiewende auch andere herausfordernde Bereiche wie Landwirtschaft, Ernährung und Mobilität international auf Transformationskurs bringt.

Lackmustests für die Ernsthaftigkeit der deutschen Regierung ist die Umsetzung entsprechender Politik hierzulande, in der EU und in internationalen Foren. Sehr enttäuschend ist hier der vom Wirtschaftsministerium maßgeblich abgeschwächte Entwurf für den deutschen Klimaschutzaktionsplan 2050. Im Herbst will das Kabinett den Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschieden. Viele internationale Akteure schauen darauf, welche Messlatte Deutschland hier entwickelt. Ohne Zeitverzug muss Deutschland nun auch auf die Krise der Milchhöfe reagieren, die durch die absurd niedrigen Milchpreise in den Ruin getrieben werden – und zugleich durch ihre wachsenden Billigexporte die Viehwirtschaft in vielen Entwicklungsländern unterminiert. Dem Durchmarsch einer industrialisierten Tierhaltung und der Zerstörung von Kulturlandschaften muss Einhalt geboten werden.

Bis zur Bundestagswahl 2017 ist es nicht mehr lange hin. Bei dieser auch für die EU sehr entscheidenden Wahl geht es aus unserer Sicht ganz vorrangig darum, die notwendige Transformation – orientiert an den Menschenrechten sowie den Grenzen des Planeten – in Richtung Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit und Bekämpfung von Fluchtursachen voranzubringen. Dies gilt es durch konkrete Strategien und Finanzmittel zu unterlegen.

Wir sind bereits mit wichtigen Akteuren aus den im Bundestag vertretenden Parteien bezüglich ihrer Wahlprogramme im Dialog. Auch damit arbeiten wir daran, unseren Beitrag zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zu leisten.



Die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG)

Quelle: United Nations/ globalgoals.org

Sustainable Development Goals

- | | |
|---|--|
| <p>1 Armut in jeder Form und überall beenden</p> <p>2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Wirtschaft fördern</p> <p>3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern</p> <p>4 Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern</p> <p>5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen</p> <p>6 Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten</p> <p>7 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern</p> <p>8 Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern</p> <p>9 Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen</p> <p>10 Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern</p> | <p>11 Städte und Siedlungen inklusiv und sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen</p> <p>12 Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen</p> <p>13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen</p> <p>14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen</p> <p>15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen</p> <p>16 Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen</p> <p>17 Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben</p> |
|---|--|

Quelle: <https://sustainabledevelopment.un.org>

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung übernehmen. Zusammen mit Mitgliedern und Förderern sowie haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten wichtige Akzente setzen in der internationalen und nationalen Debatte um den Klimaschutz und für die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, im Engagement gegen eine industrielle Tierhaltung, die Mensch und Umwelt gefährdet, und für klare Regeln für Unternehmen, damit diese Menschenrechte besser beachten.

Unsere Mitglieder und SpenderInnen

Zu Germanwatch gehören aktuell 632 Mitglieder, darunter 348 stimmberechtigte Mitglieder, 275 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 01.08.2016).

Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
494	535	560	575	603	600	632	644

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen (siehe unten) und durch aktive Mitarbeit. Das nicht antragsgebundene Geld der Mitglieder und SpenderInnen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation.

Alle UnterstützerInnen erhalten das Magazin EINBLICK (ehemals Mitgliederrundbrief), sowie den E-Mail-Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“ (Bestellmöglichkeit und weitere Infos siehe Kasten „Service“ auf Seite 46).

Wir möchten uns dafür bedanken, dass die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch 2015 wieder einen neuen Höchststand erreichten. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E „Finanzbericht“ gesondert vorgestellt.

Stiftung und Zustiftung

Wer unsere Arbeit, die sich als „Leitplanken“ an den Menschenrechten und den Grenzen des Planeten orientiert, mit größeren finanziellen Beträgen fördern möchte, die ihre Wirkung über einen längeren Zeitraum entfalten, kann dies auch über eine Zustiftung an die Stiftung Zukunftsfähigkeit oder Spenden an die Germanwatch-Stiftung erreichen (siehe S. 48).

Im Jahr 2015 hat die Stiftung Zukunftsfähigkeit dem Germanwatch e.V. erneut eine strategisch besonders wirkungsvolle Unterstützung über eine Programmförderung in Höhe von 10.000 Euro sowie projektbezogene Zuwendungen in Höhe von 69.515 Euro geleistet.

Weitere Informationen:

www.stiftungzukunft.de

oder auf Anfrage bei Maria Rudolph, rudolph@stiftungzukunft.de, Tel. 030 / 2888 356-97.



MitarbeiterInnen und Vorstand

Den aktiven Kern der Arbeit von Germanwatch bilden der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe dazu die folgenden Kapitel). Der Vorstand tagt im Abstand von rund zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Darüber hinaus leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch. In Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen. Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den zuverlässigen Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier. Ihre Umsicht und ihr strategischer Weitblick, verbunden mit der unermüdlichen Unterstützung ihrer Assistentinnen, sind ein wichtiges Merkmal für unseren Erfolg.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Anne-Kathrin Kirchhof Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Carlo Jäger (bis 12/2015) Vorstandsmitglied		Anne Koch (bis 12/2015) Vorstandsmitglied
	Silvie Kreibiehl (seit 12/2015) Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Reinhard Loske (seit 12/2015) Vorstandsmitglied		Dr. Stefanie Ricarda Roos Vorstandsmitglied
	Dr. Tilman Santarius Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied		Maria Rudolph (seit 11/2015) Assistentin des Vorstandsvorsitzenden

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer	
	Vera Künzel Assistentin der Politischen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Administrativen Geschäftsführung	

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Deutsche und EU-Klimapolitik, 2. Internationale Klimapolitik, 3. Unternehmensverantwortung, 4. Welternährung, Landnutzung und Handel, 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik und nun die Umsetzung der Agenda 2030 (SDG) im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Unternehmensverantwortung

Die Umsetzung internationaler und europäischer Instrumente sowie Richtlinien voranzutreiben, prägten die Arbeit des Teams Unternehmensverantwortung in den vergangenen zwölf Monaten. Einen neuen Bezugspunkt bieten seit September 2015 die von allen Regierungen weltweit beschlossenen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG), die insbesondere mit den Zielen 8 und 12 (siehe Übersicht auf S. 9) bisherige Germanwatch-Arbeitsschwerpunkte bekräftigen.

Beim SDG 8 steht für uns das Vorhaben im Fokus, „menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern“. Dies ist keine banale Herausforderung angesichts von Wertschöpfungsketten, die im Rahmen der Globalisierung immer komplexer wurden und dazu führten, dass Menschenrechtsverletzungen schwieriger zurechenbar sind. Um global tätige Unternehmen stärker in die Verantwortung zu nehmen, haben wir uns dafür stark gemacht, deren menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Deutschland gesetzlich zu verankern. Dafür haben wir uns insbesondere im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte eingesetzt, aber auch bei der Umsetzung der EU-Richtlinien zu öffentlicher Beschaffung und zu Berichtspflichten von Unternehmen.

Das SDG 12 fordert die Staaten auf, für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zu sorgen. Dabei geht es unter anderem darum, wie Abfallaufkommen vermieden, Produkte wieder genutzt bzw. als Sekundärrohstoffe stärker verwendet werden können und wie wir so zu einer absoluten Verringerung unseres Ressourcenverbrauches kommen. Dies haben wir weiterhin schwerpunktmäßig am Beispiel des IT-Sektors thematisiert und Lösungsvorschläge entwickelt.

UN-Leitprinzipien konsequent umsetzen

Seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2011 stellen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte eine zentrale Referenz für unsere Arbeit dar. Wesentlich ist jedoch ihre ambitionierte Umsetzung. Dafür erarbeitet die Bundesregierung derzeit – endlich – einen Nationalen Aktionsplan.

Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte

Wir haben die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans, der im Herbst 2016 veröffentlicht werden soll, intensiv begleitet. Hierzu stand neben den letzten Themenanhörungen (unter anderem zu öffentlicher Beschaffung, siehe unten) die Debatte im Vordergrund, welche Vorhaben im Aktionsplan schließlich verankert werden. Dazu hat Germanwatch intensive Diskussionen innerhalb der

Zivilgesellschaft geführt, die in gemeinsame Forderungspapiere der NGO-Netzwerke Forum Menschenrechte und VENRO mündeten. Diese Forderungen haben wir in Schreiben an das Kanzleramt sowie mehrere Ressorts (MinisterInnen und StaatssekretärInnen) ebenso wie in zahlreichen Gesprächen mit VertreterInnen der zentral involvierten Ministerien (federführendes Auswärtiges Amt sowie BMAS, BMJV, BMWi, BMUB und BMZ) sowie gegenüber Bundestagsabgeordneten eingebracht.

Immer wieder begegneten uns in den Debatten zum Nationalen Aktionsplan jedoch die sehr restriktiven Positionen der großen Wirtschaftsverbände. Deren zentrale Gegenargumente haben wir gemeinsam mit Brot für die Welt und Misereor in einem Papier aufgegriffen und entkräftet (www.germanwatch.org/de/11924). Ergänzend dazu haben wir in einer Kurzrecherche dargestellt, dass es auch jetzt schon für Unternehmen – und nicht nur Großunternehmen – machbar ist, menschenrechtliche Sorgfalt walten zu lassen (www.germanwatch.org/de/11944).

Öffentliche Beschaffung

Die öffentliche Beschaffung ist gemäß den UN-Leitprinzipien ein zentraler Anknüpfungspunkt für Staaten, um von Unternehmen die Achtung der Menschenrechte einzufordern. Im Oktober 2015 fand im Rahmen der Anhörungen zum Nationalen Aktionsplan eine gemeinsam von Germanwatch, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag organisierte Anhörung zur Vergabepolitik statt, deren Ergebnisse in die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans einfließen sollten. Nach bisherigen Informationen plant die Bundesregierung jedoch nicht, ambitionierte Maßnahmen für die öffentliche Beschaffung in diesen Aktionsplan aufzunehmen. Und auch bei der Umsetzung von entsprechenden EU-Richtlinien hat die Bundesregierung im Jahr 2015 die vorhandenen Spielräume nicht genutzt, wie Germanwatch gemeinsam mit anderen NGOs im Rahmen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung wiederholt angemahnt hatte. Das Mitte April 2016 in Kraft getretene Vergabemodernisierungsgesetz erwähnt nicht einmal die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Der neue Rechtsrahmen ermöglicht zwar die Berücksichtigung sozialer Kriterien, es gibt allerdings keinen Ausschluss von Produkten, die unter menschenrechtlich problematischen Bedingungen im Ausland hergestellt wurden, selbst wenn es Alternativen gibt.

Diese grundlegende Reform der Rechtslage auf Bundesebene haben wir im Februar 2016 bei einer Podiumsdiskussion des Berliner FAIRgabe-Bündnisses mit Berliner Abgeordneten ins Zentrum der Debatte gestellt. Dabei konnten Vorschläge konkretisiert werden, wie die Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung in Berlin besser gelingen kann. Dies werden wir sowohl vor als auch nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 weiter im Blick behalten.

Promotorentätigkeit in Berlin

Auf regionaler Ebene hat Germanwatch darüber hinaus im Rahmen der Berliner Eine-Welt-Promotorenstelle für zukunftsfähiges Wirtschaften die Bildungsarbeit im Bereich Unternehmensverantwortung gestärkt. In Berlin haben wir in Kooperation mit dem epiz e.V. eine Fortbildung für LehrerInnen zum Thema „Globalisierung, Wirtschaft und Menschenrechte“ angeboten, die auf großes Interesse stieß.

Germanwatch hat außerdem die Entwicklung eines Planspiels „Unternehmensverantwortung“ des epiz e.V. fachlich beraten und an der Leuphana Universität in Lüneburg mit 150 Studierenden erfolgreich durchgeführt.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gesetzlich verankern

Damit Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht wirksam nachkommen und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen gestärkt werden, muss diese Pflicht nach unserer Einschätzung im deutschen Recht verankert werden. Im März 2016 haben wir dazu ein gemeinsam mit Amnesty International, Brot für die Welt und Oxfam in Auftrag gegebenes Gutachten veröffentlicht (www.germanwatch.org/de/11970). Professor Dr. Markus Krajewski von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und das Rechtsanwaltsbüro Geulen & Klinger aus Berlin haben es erarbeitet. Sein Kernstück ist ein Gesetzentwurf, der in Deutschland ansässige Unternehmen erstmals verpflichten würde, wesentliche menschenrechtliche Risiken in ihren Auslandsgeschäften zu prüfen und ihnen vorzubeugen. Am 12. Mai stellten wir gemeinsam mit den Autoren in Berlin das Gutachten vor und diskutierten den Vorschlag mit der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Bärbel Kofler, sowie mit VertreterInnen der Ministerien und UnternehmensvertreterInnen. Es hat wesentliche neue Impulse in der Debatte zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzt, auch wenn eine rechtliche Verankerung vom Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte wahrscheinlich noch nicht aufgegriffen wird. In diesem Fall werden wir den Dialog mit den demokratischen Parteien aufnehmen, damit sie diese Forderung in ihren Wahlprogrammen berücksichtigen.

Transparenz einfordern

Damit VerbraucherInnen, Finanzmarktakeure und die öffentliche Hand bei ihren Einkaufs- und Investitionsentscheidungen die Unternehmen auch nach menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Kriterien bewerten können, brauchen wir Transparenz zu diesen Fragen. Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung bietet dazu bis Ende des Jahres 2016 eine Gelegenheit. Germanwatch hat gemeinsam mit Organisationen wie Amnesty International, dem DGB, Transparency International und dem WWF Kernforderungen aufgestellt (www.germanwatch.org/de/11926), wie diese Umsetzung in Deutschland wirksam erfolgen sollte. So halten wir es für erforderlich, dass alle Unternehmen ab einer bestimmten Größe berichten müssen und nicht nur die börsennotierten oder kapitalmarktorientierten Unternehmen, da ansonsten Unternehmen mit Milliardenumsätzen wie Aldi, Lidl oder Dr. Oetker nicht erfasst würden. Zudem drängen wir darauf, dass die Wesentlichkeitsdefinition der EU-Richtlinie aufrechterhalten und konkretisiert werden sollte. Das heißt, dass Unternehmen auch über Auswirkungen auf Umwelt, Gesellschaft und Beschäftigte berichten müssen, wenn sie zunächst keine unmittelbare Geschäftsrelevanz entfalten, aber für betroffene Menschen und den Schutz der ökologischen Umwelt bzw. Mitwelt wesentlich sind.



Bei einem Parlamentarischen Frühstück am 28. April 2016 im Bundestag haben wir gemeinsam mit anderen NGOs Kernforderungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie zu nichtfinanzieller Berichterstattung vorgetragen. Foto: Tobias Schaaf

Wir haben unsere Kernforderungen Ende April 2016 im Bundestag vorgestellt und stießen insbesondere bei vielen SPD-Abgeordneten, aber auch bei der Grünen Bundestagsfraktion sowie einzelnen Unionsabgeordneten auf offene Ohren. Ebenfalls haben wir dem verbeamteten Staatssekretär Gerd Billen und dem Parlamentarischen Staatssekretär Ulrich Kelber aus dem federführenden Justiz- und Verbraucherministerium unsere Anliegen in einem Gespräch vorgetragen. Den Referentenentwurf vom März 2016 haben wir ausführlich kommentiert, da wir unsere Forderungen leider im Wesentlichen dort noch nicht aufgegriffen sehen.

Nachhaltige, menschenrechtskonforme Ressourcenpolitik

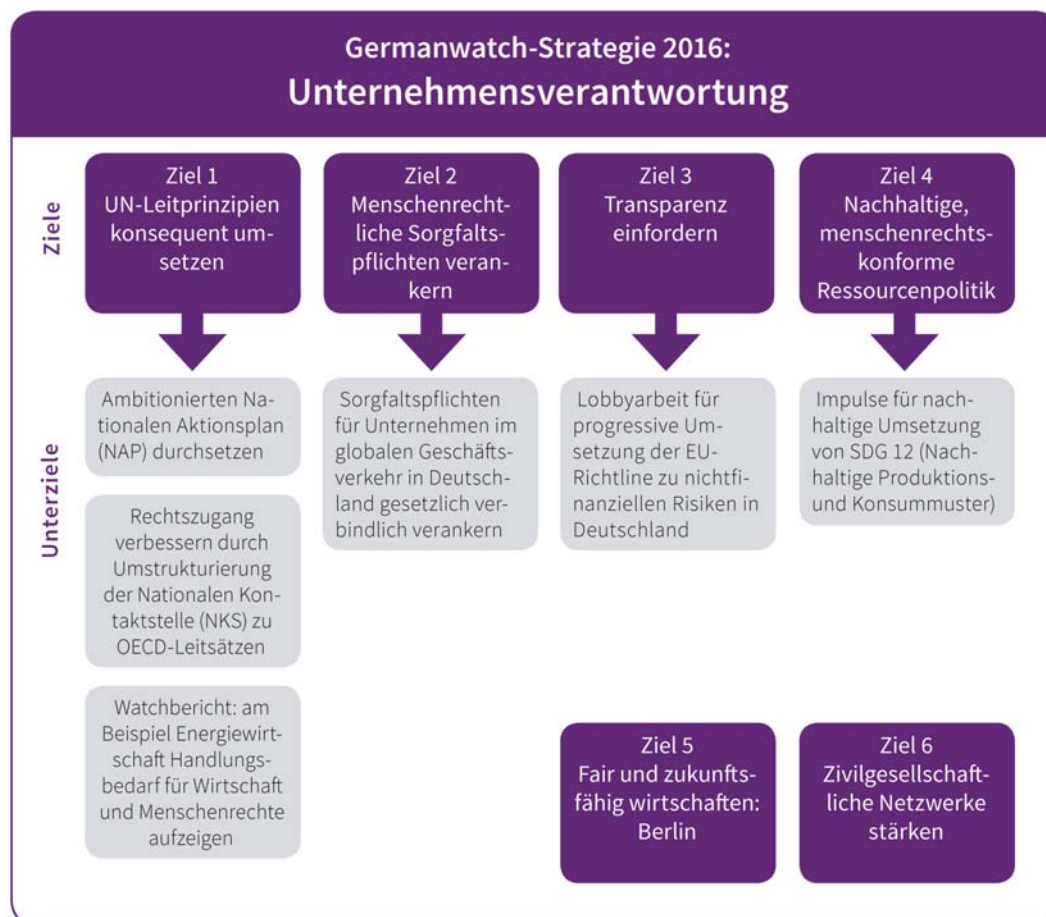
Exemplarisch am Beispiel des IT-Sektors setzt Germanwatch Impulse für die Umsetzung von SDG 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster). Dabei wollen wir vor allem ein nachhaltiges und effizientes Ressourcenmanagement stärken (SDG 12.2) und erreichen, dass Unternehmen menschenrechtlichen Risiken entlang ihrer Rohstofflieferketten vorbeugen (SDG 12.6). Als einen wesentlichen Beitrag zum nachhaltigen Management von Ressourcen haben wir im IT-Sektor die längere Nutzung von Produkten identifiziert. Um dies zu erreichen, konzentrierten wir uns im Berichtszeitraum auf das Thema Reparatur von IT-Geräten als einen zentralen Hebel. Hervorzuheben ist der „Runde Tisch Reparatur“, den wir im letzten Herbst maßgeblich mitinitiiert haben. Mitglieder sind unter anderen große Umweltverbände wie BUND, wissenschaftliche Institutionen wie das Öko-Institut und Ökopol, der Verbraucherzentrale Bundesverband, das Netzwerk der Reparatur-Initiativen sowie auch ein Netzwerk von ca. 1.000 kleinen Reparaturunternehmen und der Verband Kommunaler Unternehmen. Gemeinsam erarbeiteten wir in einem Positionspapier notwendige Maßnahmen, um Reparatur zu stärken (www.germanwatch.org/de/11270). Diese Vorschläge zur Ressourcenschonung und Vorschläge zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten brachten wir anschließend in die Debatte um das Europäische Kreislaufwirtschaftspaket und um das nationale Ressourceneffizienzprogramm (ProgResII) ein.



Im Rahmen der Europäischen Abfallvermeidungswoche hat der neu gegründete Runde Tisch Reparatur (hier vertreten durch Detlef Vangerow von MeinMacher) Ende November 2015 seine Forderungen an den Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth übergeben. Foto: Steffen Vangerow

Gemeinsam mit anderen umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen machten wir anlässlich des deutschen Erdüberlastungstags am 29. April 2016 auf den übermäßigen Ressourcenverbrauch *in Deutschland* aufmerksam. Das Datum kennzeichnet den Tag, an dem die deutsche Bevölkerung rechnerisch die gesamte Menge an natürlichen Ressourcen verbraucht hat, die ihr bei nachhaltiger Nutzung und gerechter Verteilung an Biokapazität in diesem Jahr zustehen würde. Das frühe Datum zeigt, dass der Ressourcenverbrauch in Deutschland weltweit nach wie vor überdurchschnittlich ist. Der globale Erdüberlastungstag war am 8. August. Zu diesem Anlass haben wir mit breiter Presseresonanz eine Aktion in Berlin durchgeführt.

Im Rahmen der Erarbeitung der EU-Konfliktrohstoffverordnung sahen wir ebenfalls eine wichtige Chance, Unternehmensverantwortung im Bereich Rohstoffe stärker zu verankern. Das Ziel der Verordnung sollte es sein, Konfliktfinanzierung durch Rohstoffhandel und -abbau einzudämmen. Im Mai 2015 konnte die Zivilgesellschaft einen großen Erfolg verzeichnen, als sich das EU-Parlament gegen den Kommissionsentwurf für eine verbindliche und umfassende Sorgfaltspflicht aussprach. Mit Pressemitteilungen, Gesprächen mit Abgeordneten und Ministerialbeamten sowie einem Fachgespräch versuchten wir anschließend auch in Deutschland politische Unterstützung für eine verbindliche Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette zu erreichen. Nicht zuletzt aufgrund des Drucks aus der Zivilgesellschaft sprach sich die Bundesregierung schließlich zumindest für eine verbindliche Sorgfaltspflicht von der Mine bis zu den Rohstoffschmelzen, also entlang der ersten Hälfte der Lieferkette (der sogenannte „upstream“-Bereich), aus. Dergestalt haben EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Mitgliedstaaten die Leitlinien für eine Verordnung dann auch im Juni 2016 verabschiedet. Dies ist ein wichtiger Teilerfolg, auch wenn der Beschluss noch große Schwachstellen aufweist.



Ausblick

Im kommenden Jahr werden wir viele der oben angesprochenen Themen und Prozesse weiter verfolgen. Druck zu erzeugen auf die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Im November 2016 wollen wir im Rahmen des CorA-Netzwerkes eine Bilanz des Aktionsplans ziehen und unseren Blick dabei auch auf Entwicklungen in anderen europäischen Ländern sowie auf UN-Ebene richten und gleichzeitig unsere Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017 einbringen.

Ende 2016 werden wir darstellen, wo die deutsche Politik und Unternehmen aus Deutschland derzeit bezüglich der Umsetzung der UN-Leitprinzipien stehen. Dazu veröffentlichen wir am Beispiel des Energiesektors gemeinsam mit Misereor einen Bericht. Auch die gesetzliche Verankerung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht wird uns weiter beschäftigen. Aufbauend auf unser Gutachten mit einem Gesetzentwurf, der deutsche Unternehmen zu Menschenrechtsschutz in Auslandsgeschäften verpflichten würde, planen wir für den Herbst 2017 ein Fachgespräch, um den Vorschlag vertieft mit JuristInnen zu beleuchten und in den Kontext aktueller europäischer Entwicklungen zu stellen.

Bezüglich der EU-Verordnung zu Konfliktrohstoffen werden uns in den kommenden Monaten im Verbund mit europäischen NGOs weiterhin in die nun folgende technische Debatte einbringen, um eine möglichst effektive Verordnung zu erwirken.

Mitarbeiterinnen



Cornelia Heydenreich
Teamleiterin



Johanna Kusch
Referentin für
Unternehmens-
verantwortung



Julia Otten
Referentin für zukunftsfähiges
Wirtschaften in globalen Liefer-
ketten im Rahmen des Berliner
PromotorInnen-Programms



Johanna Sydow
Referentin für Ressour-
cenpolitik und IT-
Branche

Mit Unterstützung von: Klaus Willke

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Theresa Nagy, Antonia Reichwein, Maleen Riebsamen, Kristin Schulze, Benedikt Walker

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Klaus Milke, Michael Windfuhr

Welternährung, Landnutzung und Handel

Das Team setzte im letzten Jahr zum einen die Arbeit zur Krise auf dem deutschen und europäischen Milchmarkt fort, denn diese ist schwerer und langwieriger, als selbst von Pessimisten erwartet. Der weltweite Preisverfall und hohe Futtermittelimporte der EU und Deutschlands gefährden die Existenz vieler Kleinbäuerinnen und -bauern sowie das Recht auf Nahrung vieler Menschen in Entwicklungsländern – und damit das globale Ziel für nachhaltige Entwicklung, den Hunger zu beenden (SDG 2, siehe auch Übersicht auf Seite 9). Die industrielle Tierhaltung steht darüber hinaus im Widerspruch zu weiteren Nachhaltigkeitszielen, da sie dazu beiträgt, die ökologischen Grenzen des Planeten zu überschreiten. Das Recht auf Gesundheit für alle (SDG 3) wird durch den massiven Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung gefährdet, der Resistenzen fördert. Emissionen von Methan und Lachgas aus der Tierhaltung und Landnutzungsänderungen für den Futteranbau tragen zum Klimawandel bei und widersprechen somit dem Ziel, den Klimawandel zu bekämpfen (SDG 13). Entwaldung und der Verlust von Grasland stehen in Konflikt mit dem Schutz von Landökosystemen (SDG 15). Die Belastung der Gewässer mit Nitraten aus Gülle steht im Widerspruch dazu, die Wasserressourcen nachhaltig zu bewirtschaften (SDG 6) und Meere zu schützen (SDG 14), da auch Küsten unter dem hohen Nährstoffeintrag leiden. Angesichts dieser Probleme sind die industrielle Tierhaltung und die Höhe des Fleischverbrauchs in Deutschland nicht mit dem Ziel vereinbar, für nachhaltige Konsum- und Produktmuster zu sorgen (SDG 12).

Wir haben deshalb insbesondere daran gearbeitet, uns zusammen mit neuen Partnern für eine grundlegende Transformation der Landwirtschaft einzusetzen – ausgehend vom Schlüsselsektor Tierhaltung. In der internationalen Handelspolitik, die wir wegen begrenzter finanzieller Möglichkeiten derzeit nur punktuell beeinflussen können, haben langjährige Aktivitäten von uns und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft Früchte getragen: Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO hat im Dezember 2015 das Verbot aller landwirtschaftlichen Exportsubventionen für alle Länder beschlossen.

Die deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Der durch das Ende der Milchquote im April 2015 ermöglichte drastische Anstieg der europäischen Milcherzeugung setzt sich trotz eines dramatischen Preiseinbruchs weiter fort. Die Preise liegen teilweise unter 20 Cent pro Liter Milch und sind damit für die Betriebe existenzbedrohend. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, Brot für die Welt und Misereor haben wir Anfang 2016 den Sachcomic „Mensch Macht Milch. Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern“ veröffentlicht (www.germanwatch.org/11822). Dieser stellt die Ursachen der Milchkrise, insbesondere die Ausrichtung auf den Export billiger Standardprodukte wie Milchpulver, dar und wirft Schlaglichter auf die Situation der MilcherzeugerInnen sowie der Landwirtschaft in Deutschland und in Entwicklungsländern. In der agrarpolitischen Diskussion hat der Comic große Aufmerksamkeit erregt und für Kontroversen gesorgt. Die Debatte um die Wirkungen europäischer Milchpulverexporte auf Entwicklungsländer wurde damit neu angeregt. Bei einer Studienreise zu Kleinmolkereien in Burkina Faso wurden die Potenziale für Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung, aber auch Herausforderungen der Milcherzeugung in Westafrika deutlich. In Zusammenarbeit mit Misereor erarbeiten wir derzeit eine vertiefende Studie zum Thema.



Mitarbeiterinnen einer kleinen Molkerei in Tambo, Burkina Faso. Foto: PASMEP

Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen

Seit November 2015 arbeiten wir im Projekt „Tiere Menschen Rechte“ daran, neue Partner für die Transformation der Tierhaltung in Deutschland und Europa zu gewinnen und damit in der Öffentlichkeit und vor allem im politischen Raum ein größeres Gegengewicht zu Agrarindustrie und Deutschem Bauernverband zu schaffen. Erste Erfolge konnten wir bereits durch ein abgestimmtes Vorgehen mit den Verbänden der Wasserversorger erzielen, die damit zu kämpfen haben, dass in Regionen mit industrieller Tierhaltung zu viel Gülle ausgebracht wird. Der darin enthaltene Stickstoff belastet das Trinkwasser, das aufwändig behandelt werden muss, damit es gesundheitlich unbedenklich ist. Gemeinsam drängen wir darauf, dass noch dieses Jahr eine wirksame Düngeverordnung verabschiedet wird.

Die industrielle Fleisch- und Milcherzeugung setzt außerdem routinemäßig Antibiotika ein, häufig wertvolle Reserveantibiotika. Damit wächst das Risiko, dass diese für die Behandlung vieler Krankheiten entscheidend wichtigen Medikamente – auch beim Menschen – wirkungslos werden, wenn Erreger Resistenzen dagegen entwickeln (siehe unser Hintergrundpapier unter www.germanwatch.org/de/11560). Davon wären wir nicht nur hierzulande betroffen, sondern ganz besonders auch die arme Bevölkerung in den Ländern des globalen Südens, die sich vor den Auswirkungen noch schlechter schützen könnten. Gemeinsam mit Tier- und HumanmedizinerInnen fordern wir daher, den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung stark einzuschränken und schärfer zu kontrollieren.

Gelingt die Reduktion von Nährstoffüberschüssen und Antibiotikaeinsatz in einem relevanten Ausmaß, wird das auf betriebswirtschaftliche Kosteneffizienz (ohne Internalisierung externer Kosten) und mengenmäßiges Exportwachstum ausgerichtete Modell der Fleisch- und Milchwirtschaft infrage gestellt. Um die Transformation zu einem ökologisch, sozial und international verträglichen System zu unterstützen, arbeiten wir an Konzepten zu einer Reform der Europäischen Agrarpolitik. Diese sollte größere Transparenz für VerbraucherInnen herstellen und LandwirtInnen konsequent dabei unterstützen, die Qualität ihrer Erzeugnisse und Wirtschaftsweise zu verbessern und dies zu kommunizieren.

Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben

Das Ergebnis der Klimakonferenz von Paris vom Dezember 2015 macht deutlich, dass auch die Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft deutlich reduziert werden müssen. Ohne grundlegende Veränderungen in der Tierhaltung ist dies nicht möglich: sie verursacht direkt durch Emissionen aus Verdauung und Exkrementen der Tiere und indirekt aus dem Anbau von Futtermitteln auf vormaligen Wald- und Weideflächen in Entwicklungsländern die mit Abstand größten Emissionen im landwirtschaftlichen Sektor. Das Team Welternährung, Landnutzung und Handel hat Handlungsvorschläge in die Klimapläne der Bundesregierung eingebracht, die derzeit diskutiert werden, aber noch nicht verabschiedet sind.

Auch in den Debatten zur Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) und der neuen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland spielen Landwirtschaft und Tierhaltung eine wichtige Rolle. Hier weisen wir darauf hin, dass ein Umsteuern zu „Besser und Weniger“ einer Reihe von SDG gleichzeitig dienen kann.



Ausblick

Im nächsten Jahr gilt es zunächst, die Finanzierung unserer Aktivitäten einschließlich des Projekts „Tiere Menschen Rechte“ sicherzustellen, damit die erfolgreiche Aufbauarbeit fortgesetzt und politisch wirksam gemacht werden kann. Das ist einer der Bereiche, bei dem wir auf Spenden und dann hoffentlich auch längerfristige Antragsbewilligungen setzen. Der späte Erfolg beim Beenden der Exportsubventionen zeigt, dass eine intelligente Strategie und ein langer Atem notwendig sind. Die anhaltende Krise am Milchmarkt und der Verlust bäuerlicher Strukturen machen die Nachteile der exportorientierten Landwirtschaft und einer industrialisierten Tierhaltung überdeutlich. Die Transformation zu einer Tierhaltung, welche die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung fördert und die Klimaziele von Paris ermöglicht, sollte ein wichtiges Thema im Bundestagswahlkampf 2017 und bei der Vorbereitung der nächsten EU-Agrarreform 2020 sein.

MitarbeiterInnen



Tobias Reichert
Teamleiter



Reinhild Benning
(seit 11/2015)
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung

Mit Unterstützung von: Julia Dennis (Bundestagskanzlerstipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Anne Fröhlich, Elisa Kollenda, Thomas Pfeifer, Hendrik Steppke

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Tilman Santarius

Internationale Klimapolitik

Die Annahme des Pariser Klimaabkommens am 12. Dezember 2015 war ein Durchbruch für die internationale Klimapolitik. Und dieser Durchbruch steht nicht für sich alleine. Er ist eingebettet in die Verabschiedung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG), die die weltweite Transformation – orientiert an Menschenrechten und den Grenzen des Planeten – vorantreiben sollen. Die Weltgemeinschaft hat sich in Paris auf einen Vertrag geeinigt, der klare und ambitionierte Ziele vorgibt, Verpflichtungen aller 195 Vertragsstaaten enthält und die Unterstützung für die besonders vom Klimawandel Betroffenen stärkt. Entscheidend ist jetzt allerdings, die Bestimmungen des Pariser Abkommens mit Leben zu füllen und eine ehrgeizige Umsetzung sicherzustellen. Denn ob Paris tatsächlich ein Erfolg war, der die globale Trendwende weg von den fossilen Energieträgern nicht nur stabilisiert, sondern entscheidend beschleunigt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Germanwatch hat jahrelang auf ein solches Abkommen hingearbeitet und es stand naturgemäß während des Berichtszeitraums im Mittelpunkt der Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik. Das Pariser Abkommen wird in auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zentraler Taktgeber und Maßstab für internationale und nationale Klimapolitik sein. Es ist verzahnt mit den weiteren im Jahr 2015 auf UN-Ebene erzielten internationalen Beschlüssen. Armut lässt sich nicht ohne deutliche Begrenzung des Klimawandels bekämpfen. Der Klimawandel wird nicht eingedämmt werden ohne Fortschritte bei globaler Gerechtigkeit und eine verringerte Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb und zwischen den Staaten. Das Pariser Abkommen ist der zentrale Mechanismus, um das Sustainable Development Goal 13 („Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“) umzusetzen.

Ein ehrgeiziges und gut eingebettetes globales Klimaabkommen

Germanwatch als Teil der schlagkräftigen internationalen Zivilgesellschaft

Der Erfolg hat immer viele Väter, auch beim Pariser Abkommen. Germanwatch hat ebenfalls dazu beigetragen, dass es in Paris gelungen ist, ein Abkommen zu verabschieden, und dass dieses Abkommen mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner. Dass es stattdessen einen Wendepunkt für mehr Klimaschutz und mehr Unterstützung für die Verletzlichsten darstellen kann. Wir waren bei allen Verhandlungsrunden, die zum Abkommen geführt haben, mit unseren ExpertInnen zu den wichtigsten Verhandlungsthemen präsent. Die Impulse von Germanwatch waren deswegen oft wirkmächtig, weil wir sie im Zusammenspiel mit anderen internationalen Partnern gesetzt haben, insbesondere im internationalen Netzwerk der klimapolitischen Nichtregierungsorganisationen (Climate Action Network CAN mit über 1.100 Mitgliedsorganisationen) und dem Climate Briefing Service (CBS). Germanwatch-MitarbeiterInnen waren in vier Arbeitsgruppen von CAN an zentraler Stelle aktiv, mit drei Personen waren wir in der politischen Koordination des internationalen Netzwerks vertreten. Unsere MitarbeiterInnen koordinierten Treffen, verfassten Beiträge für die tägliche Konferenzzeitung ECO und formulierten politische Forderungen in offiziellen Eingaben, die CAN im Verhandlungsprozess machte. Germanwatch war der deutsche Knotenpunkt im CBS-Netzwerk. Mit der ACT Alliance – dem weltweiten Zusammenschluss kirchlicher Entwicklungsorganisationen – erstellten wir eine Studie zum Thema klimawandelbedingte Schäden und Verluste (www.germanwatch.org/en/11141), die vielen Akteuren als zentrale Orientierung bei der 21. Klimakonferenz in Paris (COP 21) diente.

Daneben stand Germanwatch auch im Austausch mit anderen Akteuren der Klimadiplomatie, beispielsweise Delegierten, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Wirtschaft. Durch dieses

Netzwerk war es möglich, Positionen und Strategien mit verschiedenen konstruktiven Akteuren abzustimmen und die mit breiten Teilen der internationalen Zivilgesellschaft abgestimmten Germanwatch-Forderungen in den zentralen Erwartungen für COP 21 zu verankern. Weiterhin traf sich Germanwatch regelmäßig mit hochrangigen Delegierten der Bundesregierung zum Austausch. Es gab zudem stetigen konstruktiven Austausch mit Vertretern der vom Klimawandel betroffenen Staaten, aber auch progressiven VerhandlerInnen aus Industrie- und Schwellenländern.

Neben der Pressearbeit und unseren Aktivitäten in den Sozialen Medien sowie diversen Studien waren der Klima-Risiko-Index (KRI, www.germanwatch.org/de/11366) und der Klimaschutz-Index (KSI, siehe dazu auch Kapitel „Deutsche und EU-Klimapolitik“) sehr wichtig für den internationalen Diskussionsprozess. Sie wurden in mehr als 100 Staaten wahrgenommen.



Germanwatch-MitarbeiterInnen bei der Menschenkette zu Beginn der Klimaverhandlungen in Paris am 29. November 2015. Foto: Germanwatch

Germanwatch-Themen im Pariser Abkommen

Im Pariser Abkommen konnten eine Reihe von Germanwatch-Forderungen und Anregungen erfolgreich verankert werden:

Es gelang, einen Ambitionsmechanismus zu verankern, der die Ziele der Vertragsstaaten alle fünf Jahre überprüft und verschärft. Er beginnt spätestens als „global stocktake“ im Jahr 2023, doch die Zivilgesellschaft und progressive Staaten drängen darauf, bereits den für das Jahr 2018 angesetzten „facilitative dialogue“ zu nutzen, um ein erstes Mal die Ambition zu erhöhen.

Unter Rückgriff auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse (vor allem vom Weltklimarat IPCC) wurde nach fast drei Jahre langen Verhandlungen eine Antwort darauf gefunden, ob das Langfristziel der Konvention noch angemessen sei. Das Ergebnis ist, als Ziel des Pariser Abkommens verankert, eine Verschärfung der Erwärmungsobergrenze auf „deutlich unter 2 Grad“ sowie zusätzlich „Anstrengungen zu unternehmen, die Erwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen“. Zwingend folgt daraus die Notwendigkeit, die globale Energiewende bis Mitte des Jahrhunderts abzuschließen.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Germanwatch-Aktivitäten um das Pariser Abkommen waren die Themen Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie der Umgang mit Klimaschäden („Loss & Damage“), welche sich unmittelbar um die Anliegen der besonders Betroffenen des Klimawandels kümmern. Ein direkter Erfolg ist die Verankerung von Anpassungsprinzipien, an denen Regierungen ihre Anpassungsmaßnahmen ausrichten sollen. Mit der seit Jahren intensiven Arbeit zum

Anpassungsfonds konnte Germanwatch einen Beitrag dazu leisten, dass die Wichtigkeit dieses Fonds von vielen Regierungen anerkannt wird und in Paris zumindest die Möglichkeit geschaffen wurde, dass der Fonds unter dem neuen Abkommen weiterarbeiten könnte. Auch dafür, dass die Möglichkeit geschaffen wurde, durch Versicherungsmechanismen die Schäden der besonders Betroffenen solidarisch aufzufangen, hat Germanwatch auf verschiedenen Ebenen wichtige Vorarbeiten geleistet.

Den Interessen der Verletzlichen in der internationalen Klimaarchitektur zur Durchsetzung verhelfen

Die Interessen der vulnerablen Länder und verletzlichen Gruppen und Personen haben wir sowohl durch gelungene Netzwerkarbeit als auch durch internationale technische Beratungsarbeit erfolgreich vertreten und ihnen eine Stimme gegeben.

Durch die zivilgesellschaftliche Begleitung des Anpassungsfonds und seiner Projekte, sowohl national als auch international, konnten wir mehrere Themen auf unterschiedlichen politischen Ebenen platzieren und voranbringen. Hierzu zählt beispielsweise die Einbindung vulnerabler Bevölkerungsgruppen in die Planung und Durchführung von Anpassungsprojekten sowie die Wichtigkeit der Verankerung nationaler Behörden/Organisationen in der Projektimplementierung. Durch unsere stets kritisch-konstruktive Herangehensweise haben wir uns zu einem angesehenen Akteur auf nationalem und internationalem Parkett entwickelt und unsere Bekanntheit über das letzte Jahr hinweg weiter ausbauen können. Der halbjährlich stattfindende *Dialog mit der Zivilgesellschaft* als Teil des Vorstandstreffes des Anpassungsfonds, an dem auch regelmäßig unsere Partner aus Entwicklungsländern teilnehmen, sowie die *Side Events* im Rahmen der Klimaverhandlungen sind nur zwei der sehr wirksamen Aktivitätsbereiche.

Im Rahmen unserer internationalen Beratungsarbeit konnten wir durch stetige Begleitung und Unterstützung von Direktoriumsmitgliedern des Grünen Klimafonds (GCF) und des UNFCCC Standing Committee on Finance (SCF) zu einem technischen Kapazitätsaufbau bei VertreterInnen verletzlicher Länder beitragen. Der Grüne Klimafonds soll zum zentralen multilateralen Fonds werden, der die klimapolitische Transformation in Richtung Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern mitfinanziert. Zudem ermöglichte uns die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern, wichtige Aspekte in die formellen Debatten z. B. bei der Ausgestaltung des GCF-Regelwerks oder des Arbeitsplans für das Standing Committee on Finance (SCF) einzubringen und in den jeweiligen Sitzungen voranzutreiben. Konkret haben wir beispielsweise für unsere Partner Hintergrundanalysen und Lösungsvorschläge für besonders kritische Entscheidungen erarbeitet und darauf aufbauende politische und technische Empfehlungen formuliert.

Internationale Beratungsarbeit haben wir auch im Hinblick auf den *Warsaw International Mechanism on Loss & Damage* (WIM) geleistet, in dem die Thematik der trotz Klimaschutz und Anpassung inzwischen unvermeidbaren Klimaschäden und -verluste im Rahmen der Klimarahmenkonvention diskutiert wird. Germanwatch hat im letzten Jahr dazu beigetragen, die Diskussion um die Weiterentwicklung des WIM hin zu einem effektiven Mechanismus für Schäden und Verluste voranzubringen. Zentrale Beiträge haben wir vor allem durch Briefing- und Positionspapiere sowie die intensive Begleitung des Exekutivkomitees des WIM geleistet.

Um zu helfen, die Interessen der Verletzlichen durchzusetzen, ist es entscheidend, bei der Umsetzung von Klimaprojekten auch die sozialen und ökologischen Auswirkungen zu beachten. Neben den Grenzen des Planeten müssen auch Menschenrechte beispielsweise für Erneuerbare-Energien-Projekte den Rahmen setzen. In Marokko haben wir im Umfeld von großen Erneuerbare-

Energien-Projekten gemeinsam mit Partnern intensiv dazu gearbeitet. Gemeinsam mit Brot für die Welt hat Germanwatch in einer Vorstudie untersucht, welche Nachhaltigkeitskriterien allgemein bei Investitionen in Erneuerbare Energien in Entwicklungsländern zur Anwendung kommen sollten.

Deutschland zum Motor für ehrgeizige und konstruktive Klimapolitik machen

Eine wichtige Rolle für Germanwatch ist es, die Ergebnisse der internationalen Klimapolitik – im Berichtszeitraum insbesondere des G7-Gipfels auf dem bayerischen Schloss Elmau und der Pariser Klimakonferenz – in die deutsche Debatte zu vermitteln. Dabei kooperiert das Team Internationale Klimapolitik eng mit dem Team Deutsche und Europäische Klimapolitik. Germanwatch bietet dazu regelmäßig Veranstaltungen für andere Nichtregierungsorganisationen und JournalistInnen an und bereitet in Publikationen die Ergebnisse der Gipfel auf, beispielsweise in Hintergrundpapieren vor (www.germanwatch.org/de/11215) und nach (www.germanwatch.org/de/11492) der Pariser Konferenz und in zwei Ausgaben der Germanwatch-Zeitung Weitblick. Damit ist Germanwatch ein gefragter Ansprechpartner für die Fachöffentlichkeit und Medien. So konnten wir beeinflussen, was vom G7-Gipfel auf Schloss Elmau und dem Pariser Klimagipfel erwartet wurde und Akzente dazu setzen, was jetzt für die Umsetzung erforderlich ist.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt Germanwatch darauf, den deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung kritisch-konstruktiv zu begleiten. Gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen schaffen wir mit der Website www.deutschemklimafinanzierung.de Transparenz darüber, wie Deutschland diese Mittel ausgibt. Wir verfolgen intensiv die Verhandlungen zum Grünen Klimafonds und zum Anpassungsfonds und drängen bei der Bundesregierung darauf, sich hier ambitioniert und konstruktiv zu positionieren. Ein Erfolg dieser Arbeit von Germanwatch und Partnern ist die erneute Zusage von 50 Millionen Euro für den Anpassungsfonds. Mit einer Studie zu zwei-Grad-kompatiblen Investitionskriterien für Entwicklungsbanken konnten wir außerdem einen konzeptionellen Impuls setzen, der seitdem von der Bundesregierung in internationale Debatten eingebracht wird (www.germanwatch.org/en/2degree-criteria). Die Klimaversicherungsinitiative für besonders arme bzw. betroffene Menschen in Entwicklungsländern, die von der deutschen G7-Präsidentschaft initiiert wurde, haben wir im Berichtszeitraum intensiv begleitet, um eine Ausgestaltung sicherzustellen, die den verletzlichsten Menschen zugutekommt.

Zudem wurden zur deutschen Klimaaußenpolitik eine Studie einer chinesischen Expertin (www.germanwatch.org/en/11884) und zur deutschen Energiewendeaußenpolitik ein Thesenpapier mit Brot für die Welt veröffentlicht, um auch in diesem Politikfeld für einen ambitionierteren und kohärenteren Ansatz zu werben.

Mit zivilgesellschaftlicher Begleitung internationale Vorreiter und Allianzen in Klimaschutz und -anpassung unterstützen

Germanwatch setzt für Fortschritte in der Klimapolitik neben dem ambitionierten Handeln auf nationaler Ebene und dem Verhandeln im UN-Kontext auch auf die Unterstützung und zivilgesellschaftliche Begleitung von transformativen Partnerschaften und internationalen Vorreitern. Durch Vernetzungshilfe, Strategieentwicklung und politisches Engagement haben wir dabei in den letzten 12 Monaten einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet, die Kompetenzen und Strukturen zivilgesellschaftlicher Akteure zu stärken, sich in politischen Entscheidungsprozessen dafür einzusetzen.

zen, dass multinationale Initiativen, Vorreiterstaaten und Städte bei Klimaschutz und -anpassung noch ambitionierter werden. Fünf Wirkungsfelder des letzten Jahres sind dabei besonders hervorzuheben.

Erneuerbare Energien für Afrika durch die Africa Renewable Energy Initiative (AREI)

Im Rahmen der noch jungen Africa Renewable Energy Initiative (AREI), die auf der COP 21 im vergangenen Jahr in Paris offiziell lanciert und unter das Mandat der Afrikanischen Union gestellt wurde, sollen 10 Gigawatt zusätzliche Kraftwerkskapazitäten aus Erneuerbaren Energien bis 2020 und 300 Gigawatt bis 2030 installiert werden, als Start für eine Transformation des afrikanischen Stromsektors. Germanwatch unterstützt durch Dialog- und Vernetzungsveranstaltungen zivilgesellschaftliche Akteure aus Afrika dabei, ihre Erwartungen und Anforderungen wirksam in die Ausgestaltung von AREI einbringen zu können.

Marokko als Vorreiter in Klimaschutz und Erneuerbaren Energien

Als Land, das am Scheideweg seiner energiepolitischen Entwicklung steht, und als Ausrichter der 22. UN-Klimakonferenz im November 2016, stellt Marokko ein besonders relevantes Beispiel dar, um die Vorteile einer frühzeitigen Transformation des Energiesektors hin zu einer kohlenstoffarmen Entwicklung zu verdeutlichen. Germanwatch hat durch die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Allianz für Klima und nachhaltige Entwicklung (AMCDD) dazu beigetragen, dass zivilgesellschaftliche Interessen in der nationalen Klimastrategie Marokkos im Sinne von Klimaschutz und Entwicklung bis 2030 Berücksichtigung finden. Zweitens erarbeiten wir im Forschungsprojekt MENA SELECT gemeinsam mit marokkanischen und deutschen Partnern Stromszenarien als Grundlage, damit Marokko seinen Weg als Vorreiter in Klimaschutz und Erneuerbare Energien auch nach 2030 fortsetzt. Dabei zeigen wir auch auf, wie lokale GemeindevertreterInnen auf dem Weg zu einer nahezu vollständigen Dekarbonisierung des Stromsektors bis Mitte des Jahrhunderts einbezogen werden können (www.germanwatch.org/en/10249). Drittens haben wir Ende 2015 gemeinsam mit internationalen Partnern die Gründung des Climate Action Network Arab World mit heute fast 100 arabischen Mitgliedsorganisationen aus dem Nahen Osten und Nordafrika begleitet und unterstützt.

Zivilgesellschaftlicher Dialog mit Indien

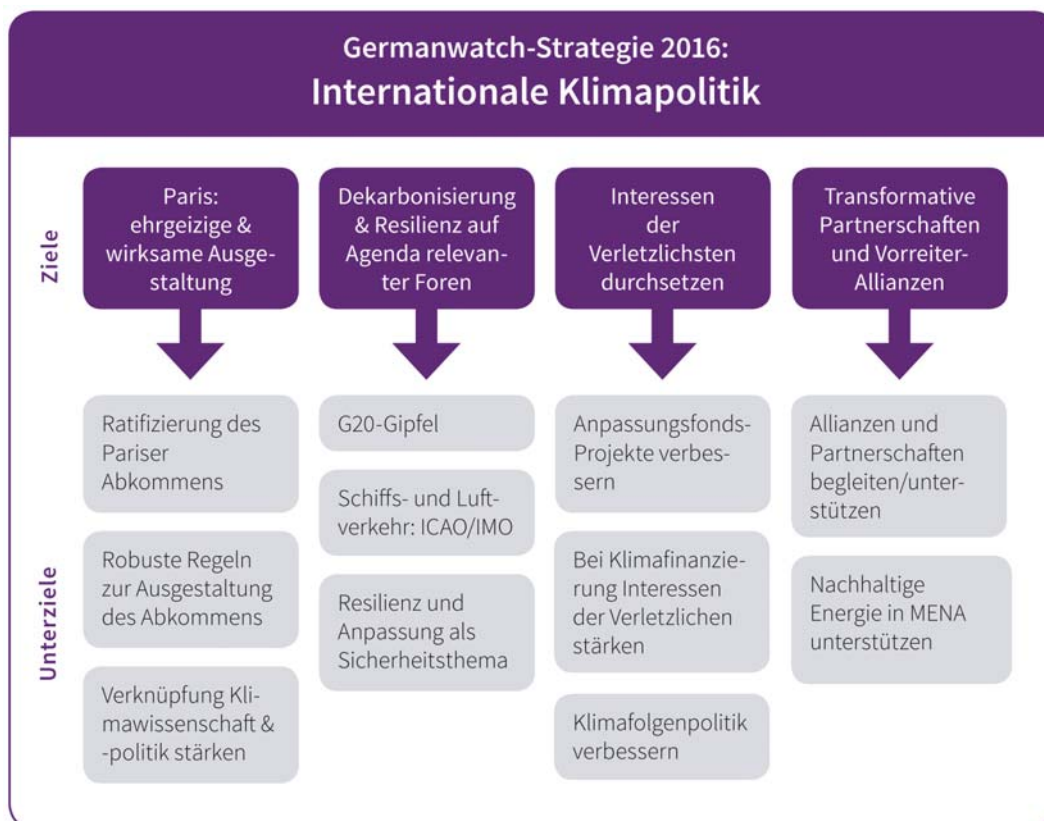
Als einerseits stark vom Klimawandel betroffenes Land und gleichzeitig einer der großen globalen Emittenten, dessen künftiger Emissionspfad für die Aussichten globalen Klimaschutzes mit entscheidend sein wird, ist Indien ein weiteres Schwerpunktland unserer Aktivitäten. Germanwatch nutzte langjährige Kontakte zur indischen Zivilgesellschaft, um im Vorlauf auf die zentrale Klimakonferenz COP 21 in Paris Dezember 2015 indische und deutsche Klimapositionen zu analysieren, gegenseitig zu verstehen und entsprechend in brückenbauende Gespräche mit der deutschen und indischen Delegation einfließen zu lassen. In regelmäßigen Dialogen zwischen VertreterInnen der indischen und deutschen Zivilgesellschaft wurden unter anderem Positionen zu Gerechtigkeit, Emissionsminderung und Pre-2020-Aktivitäten diskutiert, erklärt und verglichen, um die VertreterInnen des jeweils anderen Landes für Realitäten, Bedenken und Offenheit zu Verhandlungen zu sensibilisieren. Die DialogteilnehmerInnen sehen aber auch in deutsch-indischer Kooperation für eine Niedrigkarbonsengesellschaft großes Potenzial. Wissen, gegenseitiges Verständnis und Interesse an deutsch-indischer Zusammenarbeit kamen nicht nur innerhalb des UNFCCC-Prozesses zum Tragen, sondern beispielsweise auch in den Vorbereitungen einerseits zu Bundeskanzlerin Angela Merkels Besuch in Neu-Delhi bei Ministerpräsident Narendra Modi im Oktober 2015, wo die deutsch-indische Solarpartnerschaft beschlossen wurde, und andererseits zum Follow-up beim Petersberger Klimadialog 2016.

Urbane Transformation in Indien, Philippinen und Indonesien

Spätestens als im Jahr 2015 die intensive Vorbereitung für die dritte Weltkonferenz für urbane Entwicklung (HABITAT III) begann, hat das Städtethema auch im politischen Klimadiskurs wieder an Bedeutung gewonnen. Die Arbeit von Germanwatch konzentriert sich insbesondere auf die Identifizierung und Verbreitung von Wissen zur Finanzierung einer urbanen Transformation hin zu einer emissionsarmen und resilienten, d. h. für die Herausforderungen der Klimawandelauswirkungen gewappneten städtischen Entwicklung. Hierbei steht insbesondere der Dialog mit einer Reihe relevanter urbaner Stakeholder wie der Zivilgesellschaft, der einheimischen Bevölkerung, dem Privatsektor sowie lokalen Forschungseinrichtungen im Vordergrund, da eine Transformation nur im Austausch mit städtischen Stakeholdern nachhaltig gelingen kann. Unter Leitung lokaler Partner wurden eine Reihe von Workshops durchgeführt, urbane Zukunftsvisionen entworfen und Finanzierungsoptionen diskutiert. Während wir derzeit mit vier asiatischen Mittelstädten (Kupang in Indonesien, Gurgaon und Puri in Indien sowie Cagayan de Oro auf den Philippinen) enger zusammenarbeiten, konnten wir unsere Erfahrungen aus diesen Dialogen erfolgreich in internationale Debatten einfließen lassen und damit auch eine Reihe weiterer Städte erreichen.

Klima- und Energiewendeaußenpolitik

Auch die internationale Politik Deutschlands sollte sich nach Auffassung von Germanwatch noch stärker für ambitionierte Klimapolitiken und Energie- sowie Verkehrs- und Agrarwenden weltweit einsetzen, unter anderem durch die enge Zusammenarbeit mit Vorreitern und solchen, die es werden wollen. Diesen Gedanken hat Germanwatch in den Mittelpunkt einer Veranstaltungsreihe zur Energiewendeaußenpolitik gestellt. Außerdem wurde in einer Studie gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und dem Wuppertal Institut untersucht, wie eine Zusammenarbeit zwischen Vorreiterstaaten nach dem Pariser Abkommen aussehen könnte.



Ausblick

In den kommenden Monaten und Jahren wird das Team Internationale Klimapolitik sich dafür einsetzen, dass das Pariser Abkommen mit Leben gefüllt wird. Nach dem erfolgreichen Pariser Klimagipfel hat das Team eine Strategie für die Zukunft entwickelt und neue Teamziele formuliert:

1. Die wirksame Ausgestaltung und ehrgeizige Umsetzung der Ergebnisse der Pariser Klimakonferenz sicherstellen.
2. Die Themen Dekarbonisierung und Resilienz in relevanten internationalen Foren auf die Agenda setzen.
3. Den Interessen der Verletzlichsten in der internationalen Klimapolitik zur Durchsetzung verhelfen.
4. Wirksame transformative Partnerschaften und Vorreiter in Klimaschutz und Anpassung unterstützen.






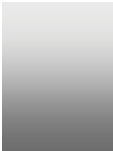


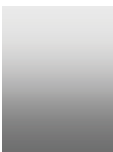




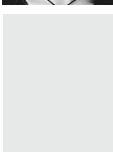
Die UN-Klimaverhandlungen werden weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit des Teams bleiben, denn dort müssen nun wichtige weitere Konkretisierungen und die Ausführungsregeln für das Abkommen definiert werden. Insbesondere wird es darum gehen, den Ambitionsmechanismus so auszugestalten, dass bei den regelmäßigen Überprüfungsrunden alle fünf Jahre die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Klimaziele der Staaten tatsächlich erhöht werden. Eine wichtige Grundlage dafür wird sein, dass die Ergebnisse der Klimawissenschaft in den Verhandlungsprozess eingespeist werden – auch dazu wird Germanwatch arbeiten. Die Ausgestaltung der ambitionierten Ziele des Pariser Abkommens zur Unterstützung der Verletzlichen wird zu einem großen Teil in Gremien wie dem Anpassungskomitee oder dem Exekutivkomitee des *Warsaw International Mechanism on Loss and Damage* geschehen; hier werden wir weiter Präsenz zeigen. Die internationale Klimafinanzierung wird an Bedeutung gewinnen – Germanwatch bleibt beim Anpassungsfonds weiter am Ball und wird zusätzlich einen Schwerpunkt darauf legen, Partner aus der Zivilgesellschaft in Afrika dabei zu unterstützen, zum Grünen Klimafonds zu arbeiten und ihren Beitrag dazu zu leisten, dass der Fonds wirksame und ambitionierte Vorhaben fördert.

Doch neben den UN-Gremien müssen die Signale von Paris auch in den Foren ankommen, in denen die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft gestaltet wird, denn dort müssen nun die Weichen in Richtung Dekarbonisierung gestellt werden. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt des Teams Internationale Klimapolitik wird hier auf dem G20-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft 2017 liegen. Deutschland hat die Chance und Verpflichtung, hier ähnlich wie beim G7-Gipfel 2015 deutliche klimapolitische Signale zu setzen. Die G20-Staaten, die mehr als 70 Prozent der globalen Emissionen verantworten und die größten Volkswirtschaften umfassen, müssen bei der Implementierung des Pariser Abkommens vorangehen. Außerdem wird das Team Internationale Klimapolitik sich dafür einsetzen, dass die weltweite Energiewende in der deutschen Entwicklungs- und Außenpolitik wirksamer gefördert wird und Deutschland neuartige transformative Partnerschaften mit Entwicklungsländern schließt, um gemeinsam den notwendigen Umbau der Energiesysteme voranzubringen. Solche transformativen Partnerschaften, beispielsweise mit Indien oder Marokko, müssen jetzt die globale Kooperation auf eine neue Ebene heben, damit der gefährliche Klimawandel tatsächlich begrenzt und die nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen bewältigt werden.

Derzeit versuchen wir, die Mittel zu akquirieren, um politisch der Frage nachzugehen, welche Rolle fossile Energieträger bei der Destabilisierung verschiedener Regionen und dem Auslösen von Flüchtlingsströmen spielen. Einerseits dadurch, dass viele Kriege – sei es etwa im Irak oder im Sudan – eine energiepolitische Dimension haben; zum anderen weil sich zeigt, dass heftige Wetterkatastrophen ein Risikoverstärker für das Auslösen von ethnischen Konflikten sind. Im An-

schluss daran stellt sich die Frage, welche friedenssichernde Rolle eine intelligente Transformation des Energiesystems haben kann.

MitarbeiterInnen

	Sönke Kreft Teamleiter		Lutz Weischer Teamleiter		Jean Paul Brice Affana (seit 07/2016) Referent für Klimafinanzierung und Entwicklung
	David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen		Julia Grimm (seit 07/2016) Referentin für Klimafinanzierung		
			Alpha Kaloga (bis 06/2016) Referent für Klimaanpassung und Entwicklung		
	Laura Schäfer Referentin für Klima-Risikomanagement		Boris Schinke Referent für Energie und Entwicklung		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Sicherheit
	Inga Melchior (bis 07/2016) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16		Marc Beckmann (seit 08/2016) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2016/17		

Mit Unterstützung von: Alexander El Alaoui, Dr. Will Frank, Lina Li, Dr. Manfred Treber, Dr. Winfried Zacher

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Linda Beyschlag, Adelaida von Chamier-Glisczinski, Lukas Dorsch, Janine Dummer, Livia Fischer, Maximilian Friedrich, Julia Grimm, Evelyn Sophie Knapwerth, Laila Kühle, Nora Schlagenwerth, Jaromir Simon, Marie Syberg

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling

Deutsche und EU-Klimapolitik

Das Jahr 2015 hat auch für Deutschland und die EU den Rahmen der Klimapolitik verschoben. Die neuen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) des New-Yorker UN-Gipfels für Nachhaltige Entwicklung (September 2015) und das Pariser Klimaabkommen (Dezember 2015) bekräftigen eindrucksvoll die von Germanwatch im Juni 2015 in einer Studie (www.germanwatch.org/de/10353) postulierte These, dass die Trendwende bei der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft begonnen hat. Dass der Ausstieg aus den Bereichen Kohle, Öl und Gas, hinter denen extrem machtvollen Interessen stehen, bis Mitte des Jahrhunderts kein Kinderspiel wird, ist uns klar. Aber die Chancen für eine Umsetzung sind nun deutlich größer geworden – dafür sprechen auch die Trends bei internationalen Investitionen. Für unsere Arbeit in Deutschland und der EU schafft das neuen Rückenwind. Beide Gipfel haben auch den SkeptikerInnen deutlich gemacht, dass sich Deutschlands langjährige Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierung lohnen kann. Hier wurden nach dem enttäuschend ausgegangenen Klimagipfel von Kopenhagen 2009 von bestimmten Lobbygruppen sehr erfolgreich Zweifel gestreut. Die USA, China und viele andere Staaten beginnen nun, schneller mitzuziehen – und könnten Deutschland und die EU in wenigen Jahren mit ihren Klimaschutzfortschritten und daraus abgeleiteten Chancen für ihre Wirtschaft bereits überholen.

Der im Dezember 2015 auf der Klimakonferenz in Paris veröffentlichte Klimaschutz-Index (KSI) von Germanwatch (www.germanwatch.org/de/11393) zeigt aber auch, dass weiterhin noch keines der 58 bewerteten Industrie- und Schwellenländer genügend unternimmt, um einen fairen Beitrag zu einer Welt zu leisten, in der die Erderwärmung unter 2 °C gehalten werden kann. Der Index ist, zusammen mit dem Klima-Risiko-Index (vgl. Kapitel „Internationale Klimapolitik“), die weltweit mit Abstand am meisten beachtete Arbeit von Germanwatch. Immer mehr relevante wissenschaftliche Akteure, wie die London School of Economics (LSE), die ETH Zürich oder die Yale University, zeigen Interesse an einer Kooperation. Viele Regierungen müssen sich nach Veröffentlichung der Indexzahlen jedes Jahr ob ihrer laschen Klimapolitik vor KritikerInnen im eigenen Land rechtfertigen, die auf unseren Index verweisen. Die Ergebnisse des KSI deuten jedoch auch auf positive Entwicklungen hin. Zu beobachten ist die langsame Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, der erste von zwei dringend erforderlichen Schritten hin zu einer globalen Emissionsneutralität. Für einen stabilen Dekarbonisierungstrend müsste zusätzlich eine Entkopplung des Energieverbrauchs von den CO₂-Emissionen stattfinden. Auch wenn eine solche Entwicklung auf globaler Ebene noch nicht aus den Daten zu lesen ist, so bietet der seit Jahren im KSI dokumentierte rasante Ausbau Erneuerbarer Energien doch Anlass zur Hoffnung, dass dies in einigen Jahren anders aussehen könnte.

Doch das Aufbruchssignal von Paris kommt in der deutschen und EU-Politik nur verhalten an. Zu viele Krisen schütteln Europa derzeit und ziehen die Aufmerksamkeit der Politik auf sich. Umso zentraler ist es, dass sich zivilgesellschaftliche Arbeit jenen Interessen entgegen stellt, die das Aufmerksamkeitsdefizit in der Politik jetzt mit hohem Lobbyeinsatz ausnutzen, um die in Paris und New York verabredeten neuen Ziele gegen die Interessen anderer Krisen auszuspielen und Zielkonflikte herbeizureden, die meistens keine sind, ganz im Gegenteil. Wenn deren Arbeit in Europa Erfolg hat, dann wird das auch international viel der neuen Klimaschutzdynamik abwürgen.

Germanwatch hat darum nach New York und Paris Unterstützung aus der Wirtschaft für mehr Klimaschutz organisiert, die Debatte rund um das Abziehen von Investitionen aus fossilen Anlagevermögen (Divestment) und die Investition in zukunftsfähige Alternativen angetrieben. Wir haben neue Geschäftsmodelle für die Energiewende erforscht und diskutiert, uns intensiv in die Debatten um Deutschlands Klimapolitik bis 2050, den Kohleausstieg, die Verkehrswende und den Stromnetzausbau eingebracht, für die Anhebung der schwachen EU-Klimaziele nach Paris eingesetzt und an weiteren Punkten aufgezeigt, was jetzt Aufgaben für die Politik sind.

Deutschland als Energiewende- und Verkehrswendeland glaubwürdig machen

Energiewende vollenden: Kohleausstieg vorantreiben

Die klimapolitische Dynamik in Deutschland hatte sich vor Paris extrem beschleunigt. Rückenwind dafür kam nicht zuletzt auch durch den G7-Gipfel auf dem bayerischen Schloss Elmau und die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus. War der Kohleausstieg noch bis kurz davor ein Tabu-Thema, wird er jetzt von gesellschaftlichen Akteuren immer mehr gefordert oder zumindest nicht mehr vehement bekämpft. Von Kirchen bis Branchenverbänden der Energiewirtschaft sprechen sich viele für einen Zeitplan für den Kohleausstieg aus. Doch nach dem Pariser Klimagipfel passierte beim Kohleausstieg zunächst einmal nichts. Statt Beschleunigung und Neustart z. B. durch den Klimaschutzplan 2050 oder eine ambitionierte Reform des Erneuerbare-Energien-Ausbaus herrschte Blockade. Die möglichen Verlierer einer Dekarbonisierung des Stromsektors starteten nach Paris ihre Lobbykampagne. Germanwatch hält dagegen, zum Beispiel indem wir das Bundesumweltministerium und Umweltpolitiker ermutigten, an ambitionierten Politiken festzuhalten und eine Aufstockung der mit den Paris-Ergebnissen nicht konsistenten deutschen und EU-Klimaziele zu verfolgen. Auch auf die direkte Gesundheitsgefährdung durch die Verbrennung fossiler Energieträger hinzuweisen lag im Fokus der Arbeit von Germanwatch. Denn neben dem verheerenden Anteil an den CO₂-Emissionen geht von der Kohleverstromung noch eine ganz andere Gefahr aus: Die Feinstaubbelastung bei Nutzung von Kohle als Energieträger ist nach einer WHO-Schätzung für den Tod von jährlich 3.000 Menschen in Deutschland verantwortlich. Dr. Winfried Zacher, der für Germanwatch als Berater zu Klima und Gesundheit tätig ist, hat zu diesem Thema einen Artikel im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht (www.bit.ly/2a5nqPW).

Germanwatch hat zudem eine aktive Rolle im Aktionsbündnis Klimaschutz 2020 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) inne. Hier sollen die im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossenen Maßnahmen vertieft und evaluiert werden. Diese Rolle wird noch zentral, wenn es in den kommenden Jahren wieder verstärkt um das gefährdete Erreichen des deutschen CO₂-Emissionsziels für 2020 geht.

Des Weiteren spielt Germanwatch bei dem zivilgesellschaftlichen Begleitprozess des BMUB bei der Erstellung eines Klimaschutzplans 2050 eine aktive Rolle. Hier wurde Germanwatch als eine von vier gewählten zivilgesellschaftlichen Delegierten ausgewählt. Der Prozess zog sich von Juni 2015 bis zur Projektübergabe an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Ende März 2016 hin. Dabei trafen sich verschiedene große Verbände, sektorale Arbeitsgruppen und Delegiertengremien und gaben dem Klimaschutzplanentwurf des BMUB dadurch mehr Gewicht.

Den Um- und Ausbau der Stromnetze für die Energiewende mit hohen Beteiligungs- und Umweltstandards forcieren

Mit Stellungnahmen unter anderem zum Netzentwicklungsplan und in Strategierunden mit anderen Umwelt- und Naturschutzverbänden auf der einen sowie Netzbetreiberfirmen auf der anderen Seite hat Germanwatch Dampf gemacht: für einen beschleunigten Kohleausstieg, eine Bürgerenergiewende und den Ausbau der bei immer mehr Erneuerbaren Energien notwendigen Stromleitungen unter früher und ernsthafter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung.

Verkehrswende anschieben

Der internationale Flugverkehr ist weiterhin Trittbrettfahrer im Klimaschutz, da hier immer noch keine Regelungen zur Emissionsbegrenzung und -verringerung bestehen. Germanwatch machte unter anderem im Oktober 2015 im Europaparlament darauf aufmerksam, dass es auch in der

Verantwortung der EU liegt, die massive Subventionierung des Flugverkehrs zurückzufahren und Alternativen wie Nachtzüge zu stärken (vgl. www.bit.ly/2aa0F06). Nachtzüge sind einer der wenigen nachhaltigen Verkehrsträger für Mittelstrecken (300–2000 km). Sie werden gegenwärtig in Europa auch wegen fehlender Aufmerksamkeit durch die europäische und deutsche Politik zurückgefahren – die Deutsche Bahn AG etwa plant, diese ab Dezember 2016 ganz einzustellen. Glücklicherweise will die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) im Dezember den Betrieb von mehreren Nachtzuglinien der DB AG übernehmen.

Germanwatch setzt sich zudem dafür ein, dass sich die Planung des Straßen- und Schienenausbaus in Deutschland stärker an den deutschen Klimazielen orientiert. Der neue Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030), den der Bundesverkehrsminister im Entwurf im Frühjahr 2016 vorlegte und der Anfang August vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, setzt zwar einige neue Akzente, macht mit dem nicht nur klimapolitisch hochproblematischen Ausbau des Fernstraßennetzes in Deutschland aber weitestgehend weiter wie bisher. Mit einer kritischen schriftlichen Stellungnahme und der Teilnahme an einem Parlamentarischen Frühstück im Bundestag hat sich Germanwatch für eine grundsätzliche Überarbeitung des mit den Klimazielen inkonsistenten BVWP 2030 eingesetzt.

Geschäftsmodelle, Investitionen und Finanzierung für die große Transformation vorantreiben

Das Klimaabkommen von Paris hat die Aktienkurse vieler jener Unternehmen weltweit bröckeln lassen, deren nicht mehr zeitgemäße Geschäftsmodelle stark abhängig von fossilen Rohstoffen sind. Damit sie diese aufgeben, arbeitet Germanwatch einerseits daran, Unternehmen von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Entwicklung von Geschäftsmodellen zu überzeugen, die mit den Klimazielen verträglich sind. Mit mehreren großen, zunehmend zur Transformation bereiten Unternehmen ist Germanwatch dazu im Gespräch. Andererseits unterstützt Germanwatch die internationale Divestment-Bewegung, die von zivilgesellschaftlichen Gruppen initiiert wurde und immer noch maßgeblich angeschoben sowie von immer mehr Investoren und großen Unternehmen getragen wird. So hat Germanwatch beispielsweise die Allianz im Vorfeld ihrer Divestment-Entscheidung beraten und erfolgreich Initiativen für eine Herausnahme aller Anlagewerte des Bundeslands Berlin sowie der ärztlichen Versorgungswerke aus fossilen Aktien unterstützt. Berlin ist inzwischen die zweite deutsche Stadt, die ein fossiles Divestment erklärt hat. Gegenüber der KfW hat sich Germanwatch gemeinsam mit NGO-Partnern – etwa von Urgewald und WWF – massiv und teilweise erfolgreich für eine Abkehr der Kohleförderung in Entwicklungs- und Schwellenländern eingesetzt.



Germanwatch unterstützte die mittlerweile erfolgreich abgeschlossene Kampagne von Fossil Free Berlin – „Divest Berlin!“ – zum Divestment klimaschädlicher Geldanlagen des Landes Berlin. Inzwischen hat das Berliner Parlament für das Divestment gestimmt. Foto: Fossil Free Berlin

Der Germanwatch Klimaschutz-Index KSI erlangt auch auf den Finanzmärkten immer mehr Bedeutung. Führende Rating-Agenturen zur Bewertung von Geldanlagen nach Umwelt- und Klimaschutz-Kriterien nutzen die Indexdaten für ihre Datenbanken; unter ihnen auch MSCI, der weltweit größte und bedeutendste Akteur im Bereich ESG (Environmental, Social, Governance) Research.

EEG 2.0 und Ausschreibemodelle kritisch begleiten

Nach einer meist unsachlich geführten öffentlichen Debatte um die Kosten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014/2015, die zu einer teils drastischen Reduktion der Einspeisevergütung führte, wird von den Erneuerbaren-KritikerInnen gerade eine neue Sau durchs Dorf getrieben: Die sogenannten Netzenspässe, also Zeiten, in denen der produzierte Strom nicht durch die vorhandenen Netze transportiert werden kann, werden bemüht, um die Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren zu drosseln. Das Problem der Netzenspässe besteht tatsächlich, allerdings sind die Gründe dafür nicht monokausal. Der immer noch viel zu hohe Anteil nicht-regelbaren Kohlestroms ist genauso Teil des Problems wie auch der viel zu schleppend verlaufende Ausbau der Stromleitungen.

Doch statt die Überkapazitäten bei der Kohleverstromung zu reduzieren und den Netzausbau zu beschleunigen soll mit der jüngsten EEG-Novelle der Ausbau der Erneuerbaren auf einen Korridor von 40 bis 45 Prozent bis 2025 gedrosselt werden. Das gefährdet nicht nur die rechtzeitige Umsetzung der Energiewende und der emissionsfreien Elektrifizierung von Wärme und Mobilität, sondern könnte auch der bisher erfolgreichen Windbranche schweren Schaden zufügen. Denn der Korridor erlaubt in weiten Teilen keinen Zubau von Wind an Land, sondern lediglich den Austausch von kleinen durch größere Anlagen.

Das nun beschlossene Ausschreibungsmodell ist zusätzlich eine Wette mit unbekanntem Ausgang. Erfahrungen anderer Länder damit zeigen keine Kostenreduktion bei gleichzeitiger Minimierung der Akteursvielfalt. Damit wird ein bisheriges Rückgrat der Energiewende massiv geschwächt. Denn für die Akzeptanz von Wind- und Photovoltaik-Anlagen ist es entscheidend, dass Kommunen, Energiegenossenschaften und einzelne Bürger aktiv beteiligt sind. Für die Akzeptanz der Energiewende, aber auch für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft ist es hilfreich, wenn möglichst viele BürgerInnen und Genossenschaften am Energiesystem aktiv beteiligt sind.

Germanwatch hat sich in Gesprächen mit Politik und Verbänden und in breiten zivilgesellschaftlichen Koalitionen für eine deutliche Anhebung des Korridors und eine kritische Überprüfung des Ausschreibemodells eingesetzt.

EU-Klima- und Energie-Politik aus ihrer Krise führen

Ehrgeizige Implementierung der 2030-Beschlüsse, die 2 °/1,5 °C-kompatible Energieunion und die Reform des Emissionshandels vorantreiben

Der Ausgang des Pariser Klimagipfels hat den Druck erhöht, die mit Blick auf die Erreichung des deutlich unter 2°- bis 1,5°C-Limits viel zu niedrigen Emissions- und Energieziele der EU nachzuschärfen. Germanwatch hat diesen Prozess – gemeinsam mit Partnern – durch Medienarbeit, bei öffentlichen Auftritten und in Gesprächen mit politischen EntscheiderInnen in Deutschland und Brüssel begleitet und angetrieben. Nicht ganz erfolglos. Die Europäische Kommission möchte nun immerhin das Energieeffizienzziel im Zuge der Beschlussfassung zur Umsetzung der Energieunion auf 30 Prozent anheben und prüft ein höheres 2050-Emissionsziel. Die Bundesregierung hat sich zudem für eine Anhebung des 2030-Emissionsziels der EU eingesetzt.

Sehr schwierig gestaltet sich die Reform des EU-Emissionshandels. Vor allem wegen der zu niedrigen EU-Klimaziele entsteht hier bislang kein Preissignal, das als Investitionsanreiz für die fossile Stromwirtschaft und noch weniger für die Industrie funktioniert. Insbesondere die starke Lobbymacht der deutschen Industrie droht derzeit zu verhindern, dass der Emissionshandel bis 2030 einen nennenswerten Einfluss auf die Unternehmenspolitik haben wird. Das würde den rechtzeitigen Einstieg in die annähernd vollständige Dekarbonisierung der Industrie verhindern, sodass die EU irgendwann ihre Klimaziele nur mit starken sozialen Nachteilen erreichen könnte. German-

watch engagiert sich in inhaltlichen und strategischen Abstimmungsrunden mit Partnerverbänden in Brüssel und Deutschland und hat sich selbst immer wieder mit Äußerungen gegenüber Medien und in gemeinsamen Briefen zusammen mit anderen Verbänden an die Politik eingebracht.

Die von der EU-CCS-Richtlinie vorgesehenen zwölf großen Demonstrationsprojekte zu CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung¹) sind bis 2015 allesamt nicht umgesetzt worden. Zum Einlösen der Paris-Ziele müsste eine Strategie der Wiedernutzung von CO₂ stärker ins Zentrum der Debatte rücken. Wenn das aber – wofür bisher einiges spricht – nicht im notwendigen Ausmaß gelingt, könnte die geologische CO₂-Speicherung als ein ergänzender Baustein stärker in die Diskussion kommen. Nicht etwa, um das längere Laufen von Kohlekraftwerken zu ermöglichen, sondern um CO₂ aus der Nutzung von Biomassenutzung („negative Emissionen“) der Atmosphäre zu entziehen sowie um die mit Erneuerbaren Energien nicht reduzierbaren Emissionen aus Industrieprozessen zu speichern. Germanwatch beteiligt sich daher im beratenden CO2GeoNet-Advisory-Komitee der Europäischen Exzellenzinitiative zum Thema CO₂-Speicherung in geologischen Lagern.

Energiewende internationalisieren

Die Zuversicht in die Chancen einer Großen Transformation global stärken

Der Pariser Klimagipfel hat weltweit die Aufmerksamkeit in die Notwendigkeit zur Dekarbonisierung erhöht. Germanwatch hat diese Chance unter anderem genutzt, indem wir mit Veranstaltungen in Polen, Russland und der Ukraine die Diskussion um die ökonomischen Chancen von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz gestärkt haben. Germanwatch hat diese Diskussions- und Informationsveranstaltungen für EntscheidungsträgerInnen, JournalistInnen und ExpertInnen entweder selber mit regionalen Partnern organisiert oder initiiert und begleitet. Die Erfahrungen Deutschlands mit seiner Energiewende sind für diese Debatten ein gut funktionierender Anker.

Germanwatch hat das Global Climate Forum (GCF) dabei unterstützt, ein innovatives ökonomisches Modell zu entwickeln, im Zuge dessen klimapolitische Maßnahmen nicht als volkswirtschaftliche Kosten-, sondern insbesondere als Investitionstreiber modelliert werden. Dieses Modell, das die Chancen von Klimaschutz beispielsweise in Bezug auf Arbeitsplätze und ökonomisches Wachstum berücksichtigen kann, wurde der EU-Kommission in Brüssel vorgestellt.

Projekt „Green Corridor“ vorantreiben

Gemeinsam mit GCF hat das Germanwatch-Team einen Workshop in Zagreb zur Idee eines „Green Corridors“ organisiert. Hierbei geht es um Infrastrukturmaßnahmen in Südosteuropa, die die Aspekte grünes selektives Wachstum, Entwicklung, Berufsbildung, Arbeitsplätze, Friedenssicherung und die Anbindung Südosteuropas an die EU voranbringen sollen. Die Idee vereint eine Güter- und Personenzugtrasse, eine Breitbandverbindung, ein Hochspannungsnetz für den Transport von Ökostrom und ggf. Ladestationen für Elektroautos. In Kroatien, Serbien, Bosnien, Kosovo, Montenegro und Griechenland haben wir mit möglichen Partnern Kooperationsoptionen diskutiert.

¹ Bals, C., M. Treber (2015): Kap 17.4.1 Germanwatch – Ambitionierte Klimaziele weltweit ohne CCS nur schwer realisierbar. S. 817–823; In: Fishedick, M., K. Görner, M. Thomeczek (Hrsg.) (2015): CO₂: Abtrennung, Speicherung, Nutzung. Ganzheitliche Bewertung im Bereich von Energiewirtschaft und Industrie. Springer Vieweg, www.springer.com/gp/book/9783642195273#aboutBook

Koalitionen für die Klima- und Energiewende stärken

Zivilgesellschaftliche Allianzen stärken, professionalisieren und nutzen

Germanwatch hat mit einigem Einsatz die Koordinierung in zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie z. B. in der Klima-Allianz (Mitglied im Steuerungskreis) oder bei Climate Action Network Europe unterstützt.

Der Erfolg des Pariser Abkommens hängt von der Ernsthaftigkeit seiner Umsetzung ab. Dabei kann insbesondere reputativer Druck die Wahrscheinlichkeit einer ambitionierten Umsetzung erhöhen. Der schon bisher dabei sehr erfolgreiche Germanwatch Klimaschutz-Index (KSI) ist seit Herbst 2015 auch Teil von „Climate Transparency“, einem Konsortium initiiert von Weltbank, Transparency International-Gründer Peter Eigen und dem ehemaligen Umweltminister von Costa Rica Alvaro Umaña. „Climate Transparency“ – bei dem der KSI ein Kernelement ist – bietet die Chance, Transparenz bei der Umsetzung und den Druck insbesondere in Bezug auf die G20-Länder noch einmal deutlich zu steigern. Das ist relevant für etwa drei Viertel der globalen Emissionen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit entstanden zudem enge Kooperationen mit Partnerorganisationen aus dem globalen Süden.

Unternehmensallianzen stärken und nutzen

Germanwatch hat eine Gruppe von 35 großen und mittelständischen, in Deutschland aktiven Unternehmen aus einer großen Bandbreite von Branchen intensiv dabei unterstützt, sich direkt im Anschluss an den Pariser Klimagipfel mit einer Erklärung für mehr klimapolitische Ambition in Deutschland und der EU auszusprechen. Die aus Sicht vieler Beobachter mutige Erklärung von bekannten Unternehmen setzte ein gut hörbares Zeichen gegen die üblichen Bedenkenträger-Pressemitteilungen zu Paris aus Teilen der energieintensiven Industrie und wurde von vielen PolitikerInnen als hilfreich für die eigene Arbeit kommentiert.

Des Weiteren steht Germanwatch im intensiven Dialog mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Wirtschaftsverbänden und Einzelunternehmen, um gemeinsam die Chancen und Risiken von Energiewende und Dekarbonisierung zu diskutieren.

Erklärung zum Klimaabkommen von Paris

Paris macht die globale Energiewende unumkehrbar

Unterstützt durch

Stiftung **12°**
Deutsche Klimaforschung
(GIZ/WWF)

CEBA.U.M.

GERMANWATCH

Unterzeichnet von

50hertz
Energie für eine Welt in Bewegung

adidas GROUP

AIDA
Cruise

ALDI

ALNATURA

BAUFRITZ
Der Baumarkt für alle 1919

COMMERZBANK
Die Bank an Ihrer Seite

DAIKIN

Dussmann Group

ebmpapst

elobau
sensor technology

EnBW

entega

EWE

FUCHS

Gegenbauer
Facility Management

LR FACILITY SERVICES

METRO GROUP
MADE TO TRADE

MVV Energie

otto group

PUMA

REWE GROUP

Ritter Sport

ROCKWOOL

SCHÜCO

Schwäbisch Hall-Stiftung
bauen - wohnen - leben

STABILO

Stadtwerke München

SWM

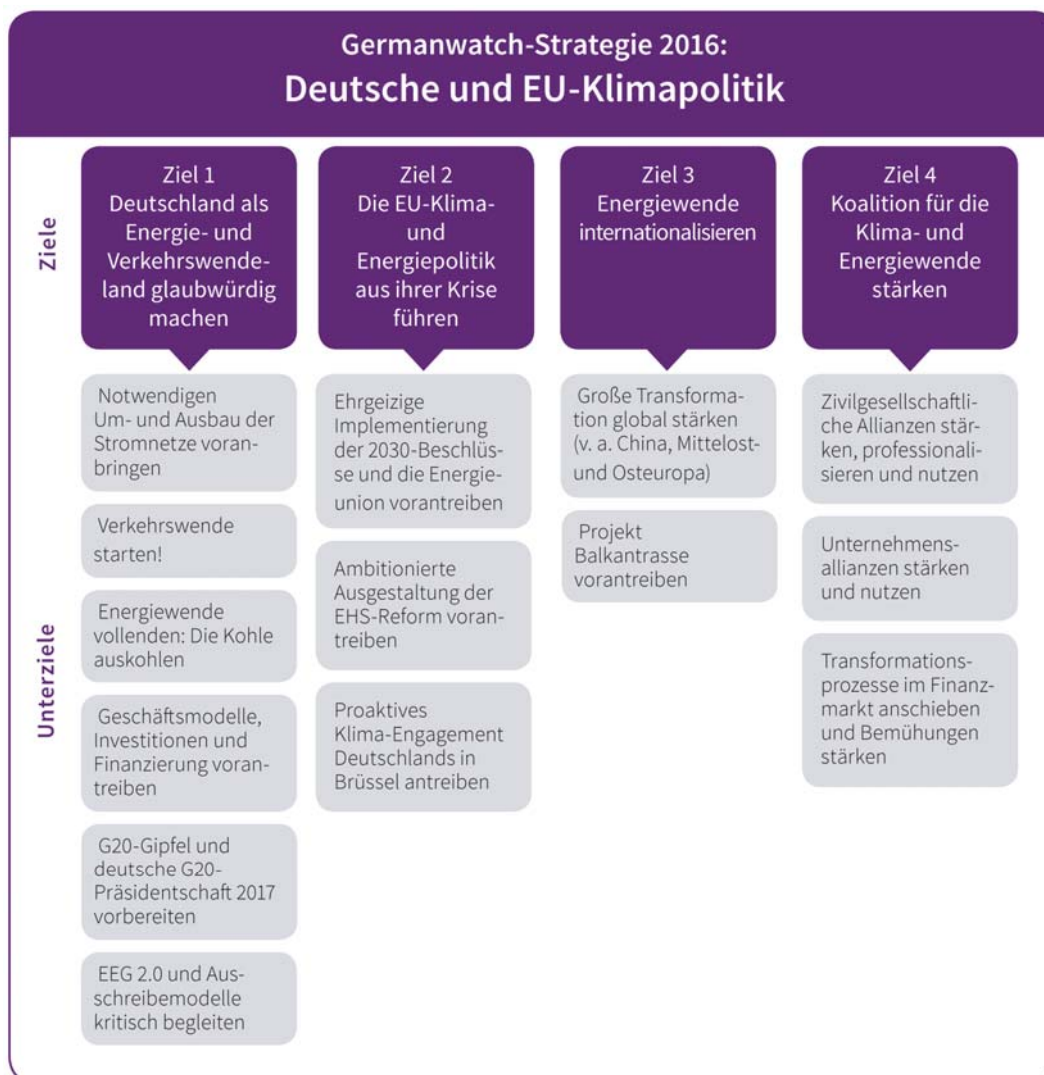
swt
Stadtwerke Tübingen

Trianel

Unilever

VAUDE

VELUX



Ausblick

2016 und 2017 sind entscheidende Jahre für die Umsetzung von Paris sowie den Einstieg in die Umsetzung der SDG-Agenda – aber auch für die Bewältigung der multiplen Krisen, in denen sich Europa und andere Regionen befinden. Deutschland und die EU müssen zeigen, wie beides zusammengeht. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Germanwatch haben die Aufgabe, laut und deutlich auf diesen Zusammenhang hinzuweisen und Lösungsansätze vorzudenken und zu diskutieren.

Paris hat die Chance für das Einhalten des Temperaturlimits von 2 °–1,5 °C globaler Erwärmung eröffnet. Jetzt sind vor allem die ökonomisch wohlhabenden und hochindustrialisierten Staaten – in ihrem Schlepptau dann die großen Schwellenländer – gefragt, die Dekarbonisierung so zu beschleunigen, dass die Pariser Beschlüsse eingehalten werden. Dadurch hat sich der Druck auf einzelne vom wirtschaftlichen Umbau besonders betroffene Gruppen, wie die Braunkohleindustrie, nach Paris deutlich erhöht. Die gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung über zumutbare und unzumutbare sowie innovative Lösungen zur schnelleren und vollständigen Dekarbonisierung Deutschlands bis Mitte des Jahrhunderts ist auf einem neuen Höhepunkt angelangt. Auf die Arbeit von Germanwatch zur Dekarbonisierung Deutschlands und der EU kommen noch größere Herausforderungen zu. Mithilfe von SpenderInnen, ZustifterInnen und Anträgen versuchen wir, die notwendigen Ressourcen dafür zu bekommen.








Nach erfolgreicher Akquise neuer Finanzmittel im Bereich Stromnetze kann Germanwatch in Zukunft immerhin verstärkt die notwendigen neuen Netzstrukturen für die Energiewende untersuchen und dabei auch über die Grenzen Deutschlands hinausblicken.

Nachdem sich die Staaten der Vereinten Nationen im Pariser Klimaabkommen zu eigens gesetzten Klimaschutzziele verpflichtet haben, können sie nun erstmals alle an ihren eigenen Versprechungen gemessen werden. Dies ermöglicht dem Klimaschutz-Index, in enger Kooperation mit dem Climate Action Tracker, zukünftig nicht nur die Vergangenheit zu bewerten, sondern auch einen Blick in die Zukunft zu werfen und die folgenden immer wichtiger werdenden Aspekte zu evaluieren:

1. Die Ambition der einzelnen Klimaschutzziele im Verhältnis zur Handlungskapazität der Länder.
2. Die Kompatibilität dieser Ziele mit dem global ausgehandelten 2 °–1,5°C-Limit.
3. Der Stand der Zielerreichung der Index-Länder.

Durch erfolgreiches Fundraising haben wir nun außerdem die Möglichkeit, die Darstellung des Indexes weiter zu verbessern.

MitarbeiterInnen

	Jan Burck Teamleiter		Oldag Caspar Teamleiter		Alexander El Alaoui (bis 01/2016) Referent für Finanzmärkte und Transformationsprozesse
	Rotraud Hänlein Referentin Strompolitik und Netze (bis 10/2015)		Peer Krumrey (von 11/2015 bis 04/2016) Referent für Stromnetze und Energiepolitik		Franziska Marten Referentin Klimaschutz-Index
	Tobias Pforte-von Randow Referent für Klima und Arbeit		Dr. Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent		Hendrik Zimmermann Referent für Energiewende und Geschäftsmodelle
	Marius Arnold (bis 08/2016) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16		Ingo Heinze (bis 07/2016) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16		Thea Uhlich (seit 08/2016) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2016/17

Mit Unterstützung von: Lea Grosse-Vorholt, Noah Walker-Crawford, Dr. Winfried Zacher

PraktikantInnen und weitere UnterstützerInnen im Berichtszeitraum: Natalie Arnold, Eva-Maria Goertz, Gabriele Motta, Zoë Perry, Eva Rink, Verena Wolf, Jan Wunder

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Reinhard Loske, Silvie Kreibiehl

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Eine grundlegende und umfassende Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein notwendiges Fundament für die Umsetzung der siebzehn globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Menschenrechte sowie die Grenzen des Planeten sind dabei feste Orientierungspunkte. Das Germanwatch-Team Bildung für nachhaltige Entwicklung trägt Positionen, Themen und Aktuelles aus den Germanwatch-Fachteams in die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Zudem setzt sich das Team politisch dafür ein,

- BNE in allen Aus- und Weiterbildungsgängen zu verankern,
- dort, wo Nachhaltigkeitspioniere erfolgreich sind, BNE anzudocken,
- Förderstrukturen für BNE weiterzuentwickeln sowie
- Formen der (Jugend-)Partizipation auszubauen und mit mehr Relevanz zu versehen.

Ziel des in 2015 gestarteten UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE ist es, Lernende zu motivieren und zu befähigen („to empower“) sich selbst und die Gesellschaft, in der sie leben, zu transformieren. Mit den Zielen des Pariser Abkommens sowie den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) hat die internationale Staatengemeinschaft eine wichtige Orientierung für diese Transformation geschaffen. Allzu oft aber fehlt der Wille zur Implementierung.

Ein wichtiger Eckpfeiler unserer Bildungsarbeit ist das Bund-/NRW-Promotorenprogramm für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. In dessen Rahmen hat Germanwatch die Stelle als Fachpromotor Klima und Entwicklung inne. Sie ermöglicht es uns, entwicklungspolitisch relevante klimawissenschaftliche und klimapolitische Informationen aufzubereiten und zu vermitteln, die Prozesse und Ergebnisse von Beteiligungsprozessen und die Umsetzung der SDG in NRW und Deutschland mit Gruppen vor Ort zu diskutieren und ihnen Mitgestaltungsoptionen aufzuzeigen.



Gemeinsam für die Bildungsarbeit in Aktion: Teamleiter BNE Stefan Rostock (rechts) mit Fatima Ahouli (rechts unten) und Shannon Parring (links), beide Teilnehmerinnen des Programms „Konkreter Friedensdienst Reverse“, Inga Melchior (FÖJ, Mitte unten) sowie Laura Goldschmitt und Anna Fiorà (Praktikantinnen).

Die Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handeln national und international voranbringen

Wie kommen wir dahin, dass nachhaltiges Verhalten die sozial akzeptierte, einfache, naheliegende Option wird und dass die Preise diese ökologische und soziale Wahrheit ausdrücken? Germanwatch geht den Weg über eine politischere Ausrichtung von BNE. Erst wenn die Rahmenbedingungen es jedem ermöglichen, sich einfach nachhaltig zu verhalten, können wir damit rechnen, dass wir entscheidende Schritte hin zu mehr Nachhaltigkeit voranbringen. Neben dem Ordnungsrecht spielt dabei der Einsatz für Produkt- und Dienstleistungspreise, die zunehmend die ökologische und soziale Wahrheit sagen, eine wichtige Rolle.

BNE soll politischer werden mit dem Germanwatch Hand Print

BNE-Projekte sollten darauf abzielen, die Lernenden zu befähigen, ihre an den Menschenrechten und den Grenzen des Planeten ausgerichteten Anliegen im politischen Raum zu vertreten und bleibende (Struktur-)Veränderungen zu erreichen. Die international vereinbarten SDG sowie die Klimaziele des Pariser Abkommens schaffen dafür eine Legitimitätsgrundlage. Zum anderen sollten sich die Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit ihren Anliegen stärker in die Politik einmischen. Dies sind zwei wichtige Anliegen von Germanwatch für politische Akzente im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Das Germanwatch-Konzept, nicht nur den ökologischen Fußabdruck nachhaltig zu verringern, sondern auch einen entsprechenden Handabdruck des politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements zu vergrößern, basiert auf einer Idee der indischen Nichtregierungsorganisation Centre for Environment Education (CEE): „Increase your Hand Print – decrease your Foot Print“.

Neu ist im zivilgesellschaftlichen und politischen Hand Print von Germanwatch, dass Lernende dazu befähigt werden, durch Engagement für Strukturveränderungen und veränderte ökologische und soziale Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen und durch politisches Engagement die Große Transformation selbst mitzugestalten und voranzubringen. Den Germanwatch Hand Print haben wir auf vielen Vorträgen, Workshops und in den Strategietagen für (Jugend-) Verbände und Initiativen vorgestellt und weiterentwickelt. Diskutiert wurden Aktionen von Schul-AGs, die sich – gut vermittelt – für einen Beschluss ihrer Schulkonferenz einsetzen, Klassenfahrten und Sprachreisen nicht länger mit dem Flugzeug zu organisieren. Oder aktive Mitglieder in Vereinen setzen sich vor Ort und in höheren Gremien für Beschlüsse zu biologischer und vegetarischer Ernährung auf ihren Veranstaltungen ein. Wichtig ist, dass Aktive lernend zunächst dort Strukturen bleibend verändern, wo sie zuhause bzw. Experten sind. Die Broschüre „Wandel mit Hand und Fuß. Mit dem Germanwatch Hand Print den Wandel politisch wirksam gestalten“ ist Ende 2015 dazu erschienen (www.germanwatch.org/de/12040).

Breite Zielgruppen erreichen mit der Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition

Die Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition wird seit vielen Jahren erfolgreich bundesweit angeboten und mit Bildungsmaterial begleitet. Sie leistet die wissenschaftsbasierte und ansprechende Vermittlung von Wissen und erarbeitet persönliche und politische Gestaltungsoptionen mit den TeilnehmerInnen, zumeist SchülerInnen der Klassen 5–13 aller Schulformen. Im zurückliegenden Jahr konnten Projekte weitergeführt und neue entwickelt werden. In 2016, dem Jahr der Partnerschaft zwischen Germanwatch und Stadt Bonn, konnten wir neben anderen auf Bonn fokussierten Aktivitäten auch die Germanwatch Expeditionen mit einem besonderen Schwerpunkt auf Bonner Schulen anbieten (www.germanwatch.org/de/12438).

Aktuelles aus der Klimawissenschaft vermitteln: Klima? Wandel. Wissen!

Besonders erfolgreich war die stets ausgebuchte Tour der Ausstellung „Klima? Wandel. Wissen. Neues aus der Klimawissenschaft“ (www.germanwatch.org/de/ausstellung-klimawandel und www.germanwatch.org/de/11834). In drei deutschen Ausgaben plus einer französischen und einer bulgarischen tourt die Ausstellung durch Schulen, Rathäuser, Ministerien und Stadthallen. Die Ausstellung bot Anlass, auf Eröffnungsveranstaltungen mit Akteuren aus Wissenschaft, Bildung, Unternehmen und Politik ins Gespräch zu kommen und unsere Inhalte und Anliegen zu diskutieren. Höhepunkte waren sicherlich die Ausstellungseröffnungsfeier im NRW-Schulministerium mit Ministerin Sylvia Löhrmann und die BMZ-Zukunftstour in Bonn mit Bundesentwicklungsminister Gerd Müller.

Globale Herausforderungen vermitteln – Strategietage für (Jugend-) Verbände und Initiativen

Bei den zweimal jährlich stattfindenden Strategietagen, die der Information, dem Austausch, der Aktivierung und Vernetzung von Jugendinitiativen dienen, ging es Ende 2015 darum, wie Jugendverbände sich für eine ambitionierte nationale Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens einsetzen können. Zum anderen wurde bei den Strategietagen im Frühjahr 2016 zum Thema „Entwicklungsland Deutschland“ diskutiert, wie die SDG zum Treiber für eine Transformation der Ernährungs-, Mobilitäts- und Energiesysteme in Deutschland werden können.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell verankern

Germanwatch setzt sich im Bündnis ZukunftsBildung ein für:

- Die strukturelle Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im gesamten Bildungssystem;
- die systematische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und allen Lernenden in Bildungsfragen;
- eine gute Bildung für alle und ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das sowohl formale und non-formale als auch informelle Bildungswege und Lernorte umfasst;
- das Einbeziehen von BNE in politische Prozesse und ihre Verknüpfung sowie
- die Finanzierung von BNE u. a. über einen Zukunftsfonds.

BNE politisches Gewicht geben: Bündnis ZukunftsBildung

Germanwatch ist Gründungsmitglied im Bündnis ZukunftsBildung. Das Bündnis gestaltet über Gremienarbeit, unter anderem mit einem Sitz in der Nationalen Plattform BNE, sowie über Lobbyarbeit die Umsetzung des BNE-Weltaktionsprogramms in Deutschland mit. Das BNE-Weltaktionsprogramm (2014–2019) ist Nachfolger der globalen UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und hat unter anderem die strukturelle Verankerung von BNE in allen Aus- und Weiterbildungsgängen zum Ziel sowie dies mit entsprechender Finanzierung auszustatten. Dies soll Jugendlichen mehr Beteiligungsmöglichkeiten geben und BNE dort verankern, wo Nachhaltigkeitsspieler erfolgreich sind. Die Integration von BNE in weitere Nachhaltigkeitsprozesse (Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaschutzplan der Bundesregierung) und die wirksame politische Beteiligung von Jugendlichen in Nachhaltigkeitsfragen sind weitere Ziele der gemeinsamen Arbeit.

Gesellschaftliche Weichen hin zu weniger und nachhaltigem Konsum stellen

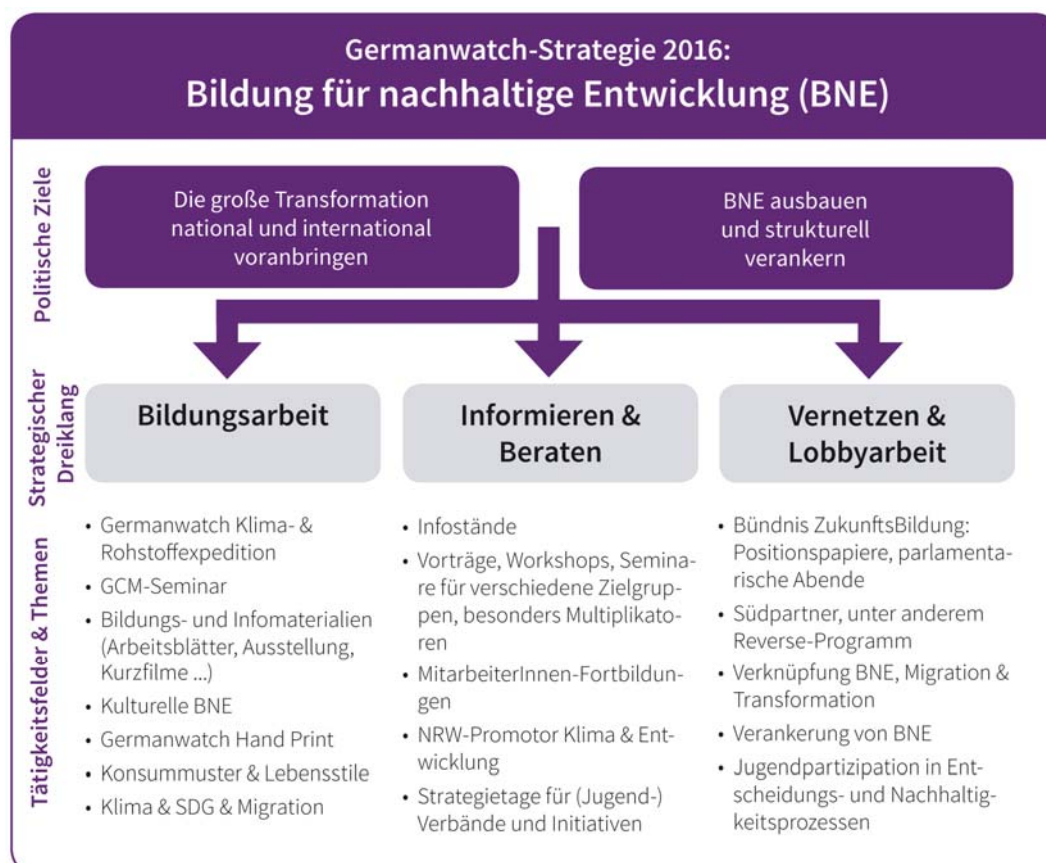
Germanwatch setzt sich ein für politische Rahmensetzungen für besseren und einfacheren Zugang zu den verschiedensten Formen nachhaltigen Konsums sowie für weniger Konsum in der Mittel- und Oberschicht. Beim Einsatz für und beim Umsetzen von entsprechenden Rahmenbedingungen kommt dem persönlichen Verhalten und den sozialen Innovationen, den Pionieren wie solidarischer Landwirtschaft, Carsharing oder Repair Cafés, eine besonders wichtige Rolle zu, da hier konkrete Nachhaltigkeitserfahrungen gesammelt werden und Anregungen für Politikentwicklungen entstehen. Germanwatch arbeitet in der Netzwerkgruppe des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) zum Verbandsthema „Nachhaltiger Konsum als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“.

Wirtschaftliche Entwicklung innerhalb sozialer und ökologischer Grenzen

Das BNE-Team koordiniert einen – im ersten Schritt Germanwatch-internen – Diskussionsprozess, der sich der Frage „Wirtschaftswachstum – Was soll wachsen, was nicht?“ widmet. Zukünftige wirtschaftliche Entwicklungswege wurden auch mit Erfahrungen und Ansätzen aus den Ländern des Südens diskutiert. Wie können industrialisierte Wohlstandsgesellschaften so verändert werden, dass ökologische und soziale Grenzen, vor allem im Bereich Rohstoffe und Produktion, beachtet werden? Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses werden in einer Broschüre veröffentlicht und unter anderem auf der Degrowth-Konferenz weiter diskutiert.

Nachhaltigkeit institutionell verankern – NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Durch unsere Mitarbeit in zwei Begleitgremien der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie Beiträge auf Landeskongressen konnten wir vor allem die Debatte zu Klimaschutz und Energiewende in NRW mit den Zielen des Klimaabkommens verbinden und immer wieder auf die fehlende Strategie zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und die unzureichenden NRW-Emissionsreduktionsziele hinweisen.



Ausblick

Bildung für nachhaltige Entwicklung muss Grenzen überwinden

Auch in den kommenden Jahren werden wir deutlich machen, dass die Umsetzung der SDG einschließlich ambitionierter Klimaziele nur gelingen kann, wenn alle Ziele durch BNE unterlegt werden. Menschenwürde und Menschenrechte einerseits sowie die Grenzen des Planeten andererseits sind dafür wichtige Wegweiser.

Die Transformation in Deutschland kann nur in größeren Schritten vorangehen, wenn wir verstärkt das Gespräch mit Akteuren in anderen Bereichen der Gesellschaft suchen. Wir werden die Rolle von Flüchtlingen und MigrantInnen für die Transformation hier und in ihren Herkunftsregionen beleuchten und Anregungen entwickeln sowie politische Forderungen daraus ableiten: Wie kann die Situation auch zu einer Chance sowohl für die Geflüchteten als auch die Gast- und Herkunftsregionen werden? Für die Energiewende fehlen politische Rahmenbedingungen, die die BürgerInnen-Energiewende voranbringen. Im Bildungsteam wollen wir dies thematisieren und uns auch den hemmenden Befürchtungen der Menschen widmen. Wir wollen deshalb verstärkt das Gespräch außerhalb unserer eigenen Umwelt- und Entwicklungsszene suchen. Hierfür suchen wir auch nach neuen Bildern, Argumentationsansätzen und Methoden.

Die NRW-Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW (2016–2020) begleiten wir in ihrer Umsetzung und bringen uns mit Projekten und in der BNE-Weiterentwicklung ein.

Im Herbst 2016 startet die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West RENN-WEST, eines von vier regionalen Zentren des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE), mit einem Büro in Bonn. Ziel ist es, Debatten und Nachhaltigkeitsaktivitäten vor Ort zu vernetzen und Forderungen in die Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. Germanwatch bringt sich dort inhaltlich und personell ein.

MitarbeiterInnen



Stefan Rostock
Teamleiter,
NRW-Fachpromotor für
Klima & Entwicklung



Nicole Bosquet
(seit 12/2015)
Referentin Bildung für
nachhaltige Entwicklung –
Migration und Transformation



Melanie Gehenzig
(seit 05/2016)
Referentin Bildung für
nachhaltige Entwicklung



Alexander Reif
Referent Bildung für
nachhaltige Entwicklung

Mit Unterstützung von Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung), Helene Pinsuwan, Stephanie Weller

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Fatima Ahouli, Anna Fiorà, Julia Engelhardt, Sara Faßbender, Mira Bee Gerbode, Laura Goldschmitt, Marie Heitfeld, Usman Idrees, Shannon Parring, Jana Schmidt, Darpan Vaishnav, Stephanie Weller

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Entwicklungsfinanzierung

Unser Hauptaugenmerk galt auch in diesem Zeitraum der Beobachtung und Kommentierung der Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA). Im Frühjahr 2016 beschäftigten wir uns auch mit einer in vielen Medien angesprochenen eventuellen Beteiligung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an einem EU-Auftrag zur „Unterstützung des Grenzmanagements“ am Horn von Afrika, um Flüchtlingsströme zu unterbinden.

Für einige Momente hüpfte das Herz vor Freude als die deutschen ODA-Zahlen für 2015 bekanntgegeben wurden: Die ODA-Quote hatte mit 0,52 % erstmals seit 1970, als 0,7 % versprochen worden waren, über 0,5 % erreicht und einen großen Sprung von 0,1 % gegenüber dem Vorjahr gemacht. Endlich begannen scheinbar unsere ständig wiederholten Forderungen Früchte zu tragen. Der jahrelange Frust konnte verschwinden.

Als der Verstand wieder eingeschaltet war, musste er feststellen, dass die außergewöhnlich große Steigerung fast ausschließlich auf den – laut Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD anrechenbaren – Anstieg der „Kosten für Flüchtlinge im 1. Jahr im Zufluchtsland“ zurückzuführen war. Rechnete man sie heraus, stieg die Quote gerade mal um wenig aufregende 0,01 %.

Die Bundesregierung feierte den „Sprung“ dennoch als großen Erfolg. Wir haben auf diese Irreführung öffentlich aufmerksam gemacht und den betreffenden Artikel an über 300 Personen (damit befasste Mitglieder des Bundestags, Regierungsmitglieder, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen) versandt. Wir hoffen, damit Einfluss auf die Beratungen über den Haushalt 2017 und die Aufstellung des Haushaltsplans 2018 zu nehmen.

In einer Veranstaltung der Society for International Development (SID) zu „Entwicklungshilfe für Diktatoren?“ haben wir einem der Geschäftsführer der GIZ unseren scharfen Protest gegen eine eventuelle Beteiligung der GIZ an Ausstattung und Training von Grenzschützern am Horn von Afrika, darunter Eritrea (!) und Sudan (!) und damit in Ländern mit menschenrechtsverletzenden Regimen, verdeutlicht. Das Argument, diese eventuelle Beteiligung sei noch nicht einmal im Planungsstadium und absolut nicht konkret – wir sollten doch erst mal die weitere Entwicklung abwarten, konnte uns nicht beruhigen. Wozu sollen Planungen taugen, wenn man sie nicht durchführen will? Und wenn die Entscheidungen erst einmal gefallen sind, kommen Einsprüche ganz sicher zu spät. Wir bleiben dran.

Mitarbeiter



Dr. Ludger Reuke
Referent für
Entwicklungspolitik

Pressearbeit

Im Berichtsjahr 2015/2016 konnte Germanwatch sowohl im Umfeld mehrerer politischer Meilensteine für unsere Arbeit als auch durch verstärktes eigenes Agenda-Setting große Medienresonanz hervorrufen. Sehr gefragter Ansprechpartner für eine große Bandbreite von Medien waren wir zum Beispiel im Vorfeld und während des Pariser Klimagipfels sowie bei den Bonner UN-Klimaverhandlungen oder auch im Rahmen der Debatte um die Sustainable Development Goals.

Es gelang uns zudem, erfolgreich eigene Themen zu setzen und auch so die öffentliche und politische Debatte zu beeinflussen. Beispiele waren eine Pressekonferenz zu den Reserveantibiotika in der Milchviehhaltung im Januar, die Präsentation des Klimaschutzplans 2050 der Zivilgesellschaft gemeinsam mit anderen Organisationen oder auch unsere intensive und fortwährende Pressearbeit zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Wir veröffentlichten – zum Teil gemeinsam mit anderen Organisationen – von August 2015 bis Ende Juli 2016 insgesamt 85 Pressemitteilungen, so viele wie noch nie in einem Berichtsjahr. In vielen Bereichen machte sich die Fortentwicklung unserer strategischen Pressearbeit äußerst positiv bemerkbar. So konnten wir auch immer wieder abseits üblicher Pressemitteilungen JournalistInnen frühzeitig auf neue Themen aufmerksam machen oder politische Fehlentwicklungen thematisieren, die bis dahin wenig Beachtung gefunden hatten.

Den größten Schwerpunkt der Pressearbeit bildete der Pariser Klimagipfel sowie die umfangreiche Vor- und Nachberichterstattung. Für fast alle großen deutschen und auch zunehmend für internationale Medien gehörten wir zu den wichtigsten Ansprechpartnern für kompetente Einordnungen und Hintergründe. Der gemeinsam mit anderen Organisationen vor Paris durchgeführte Medien-Workshop erfreute sich ebenso einer Rekord-Beteiligung wie die Pressekonferenzen und -gesprächsrunden von Germanwatch-MitarbeiterInnen während der COP in Paris. Christoph Bals trat darüber hinaus als Gastautor in der Tagesspiegel-Beilage „Causa“ (<https://causa.tagesspiegel.de/wegweiser-aus-der-fossilen-welt.html>) und als Porträtierte in der Beilage „Europa“ auf, die in mehreren führenden europäischen Tageszeitungen (darunter Süddeutsche Zeitung und The Guardian) erschien.

Germanwatch wurde während und direkt nach den Pariser Klimaverhandlungen in fast allen größeren deutschen Medien zitiert. Mit dem Klimaschutz- und Klima-Risiko-Index gelang es auch erstmals, in den meisten der ganz großen internationalen Medien aufzutauchen. Als Beispiele seien hier BBC, The Guardian, La Repubblica, El Pais, Liberation, Times of India oder Japan Times genannt (KSI: www.germanwatch.org/de/11511 / KRI: www.germanwatch.org/de/11512). Auch eine von uns mitunterzeichnete Erklärung von 34 deutschen Unternehmen unmittelbar nach Abschluss des Klimaabkommens wurde von vielen deutschen Medien aufgegriffen. Sicher ist die gewaltige Medienresonanz zu einem großen Teil auf die besondere Bedeutung des Pariser Klimagipfels zurückzuführen, es hat sich aber auch in den Folgemonaten gezeigt, dass sich der Kreis der Medien, der uns immer wieder zu klimapolitischen Themen befragt, noch einmal deutlich erweitert hat.

Mit einer Pressekonferenz zu Jahresbeginn gelang es uns zudem, ein bis dahin nur selten beleuchtetes Thema in den Fokus zu rücken: Den Einsatz der für den Menschen besonders wichtigen Reserveantibiotika in der Milchviehhaltung und die dadurch vergrößerte Gefahr von Resistenzbildungen gegen diese Wirkstoffe. Über das Thema berichteten in den folgenden Wochen mehrere Radio- und Fernsehsendungen (unter anderem 3sat, WDR, SWR, hr, mit Interviews mit Reinhild Benning), in einem ARD/ZDF-Morgenmagazin-Interview wurde zudem der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt mit unseren Erkenntnissen konfrontiert. Im Online- und Printbereich berichteten vor allem dpa, Süddeutsche Zeitung und tagesschau.de ausführlich.

Intensiv verfolgt und mit Pressearbeit begleitet haben wir darüber hinaus die Zivilklage des peruanischen Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen RWE. Zur Klageeinreichung in Essen Ende November 2015 und in den Wochen während des Weltklimagipfels danach ist es uns gelungen, national und international große Medienresonanz zu erzeugen. Unter anderem berichteten die FAZ, Spiegel Online, Tagesspiegel, Bild (NRW), The Guardian und New York Times mit großen Artikeln über den Fall, auch bei RTL, dem WDR-Hörfunk, Deutschlandfunk und Deutscher Welle war die Klage ein großes Thema (Auswahl von Beiträgen siehe auf www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz rechts unten im Kasten). Wir werden auch weiterhin über den Fortgang des Falls berichten, am 24. November 2016 soll die erste mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Essen stattfinden.



Einreichung der Klage gegen RWE durch Saúl Luciano Lliuya (4. von rechts) Ende November 2015 beim Landgericht in Essen. Foto: Hubert Perschke

Ausblick

Die Pressearbeit der vergangenen Monate war geprägt von internationalen Höhepunkten, also Themen, die sich gewissermaßen von selbst gesetzt haben. In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, die Medien noch mehr für den analysierenden Blick dahinter zu gewinnen: Gelingt die Umsetzung des Beschlossenen? Gibt es Lücken und Versäumnisse? Was muss nun geschehen, um wirklich voranzukommen beim Klimaschutz, bei der Achtung von Menschenrechten entlang der Lieferketten oder bei der notwendigen Transformation in den verschiedenen Sektoren wie Energie, Industrie, Verkehr oder Landwirtschaft? Was bedeutet das veränderte politische Umfeld in Deutschland und der EU für diese Themen? Was sind neue Lösungsansätze, die diese neuen Herausforderungen berücksichtigen?

Wir wollen mit unseren Expertinnen und Experten weiterhin zuverlässige Quelle für kompetente Analysen und fundierte Hintergründe sein, auf die JournalistInnen gern zurückgreifen. Wir wollen darüber hinaus aber auch unseren bereits erfolgreichen Weg fortsetzen, unsere strategische Medienarbeit kontinuierlich so fortzuentwickeln, dass zentrale von uns analysierte Themen noch öfter als relevant und berichtenswert erkannt werden – auch abseits von Höhepunkten wie einem Klimagipfel.

Mitarbeiter



Stefan Küper
Pressereferent

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Tobias Fischer

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit zielgruppengerecht zu vermitteln. Die vergangenen zwölf Monate, die für die internationale Klima-, Entwicklungs- und Umweltsarbeit mit dem Pariser Klimaabkommen und den SDG-Zielen einen seit Jahren vorbereiteten neuen Rahmen setzten, machten dies durch die erhöhte Aufmerksamkeit für unsere Themen einerseits einfacher, aber auch sehr arbeitsreich. Allen InteressentInnen machen wir attraktive Angebote, regelmäßig von uns mit Informationen versorgt zu werden. Hierfür unterstützen die MitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsarbeit die politischen Fachteams bei Redaktion, Layout, strategischer Planung und Distribution ihrer vielfältigen Kommunikationsmaßnahmen.

Wann immer die Fachteams Studien, Zeitungen oder Broschüren erarbeiten, begleitet das Team Öffentlichkeitsarbeit dies. Ebenso, wenn es um Postkarten, Ausstellungen oder andere Materialien geht. Daneben wurden zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Mitglieder-Rundbrief EINBLICK, KlimaKompakt, Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) erstellt und an eine wachsende Zahl von AbonnentInnen versandt (siehe Tabelle nächste Seite).

Der häufigste Kontakt zur Mitwelt ist längst die Website von Germanwatch. Das Team Öffentlichkeitsarbeit betreut mehrere Websites sowie die Social-Media-Angebote von Germanwatch. Wir nutzten auch Veranstaltungen als Gelegenheiten für eine breitere Öffentlichkeit, u. a. das große „Peace by Peace“-Benefiz-Festival am 5. Juni 2016 in Berlin (www.germanwatch.org/de/12346), und setzten eigene Schwerpunkte mit unserem 25-jährigen Jubiläum und der Jahrespartnerschaft mit der Stadt Bonn (siehe www.germanwatch.org/25).

Ausgewählte Beispiele für Ergebnisse unserer Öffentlichkeitsarbeit:



Sachcomic

Mensch. Macht. Milch. | Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern.

www.germanwatch.org/de/11822



Projekt-Website

CFAS – The Climate Finance Advisory Service

www.cfas.info



Ausgaben 2015–2016

WEITBLICK – Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik

www.germanwatch.org/weitblick



Wir danken allen AutorInnen, RedakteurInnen, GrafikerInnen, ProgrammiererInnen, LayouterInnen und DienstleisterInnen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen

	2016	2015	2014	2013
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	3 (dritte Ausgabe erscheint im Nov.)	3	3	3
Weitblick-AbonnentInnen	14.166	13.946	13.601	13.359
KlimaKompakt-AbonnentInnen	7.608	7.281	6.802	6.471
Kurznachrichten-AbonnentInnen	2.605	2.184	1.455	1.066
Facebook	2.790 Likes	1.750 Likes	1.200 Likes	650 Likes

Stand: jeweils August des Erscheinungsjahres

Service

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt):
www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen/herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Aktiv werden (Termine, Petitionen, Tipps etc.): germanwatch.org/aktiv-werden

Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

Twitter: www.twitter.com/Germanwatch

MitarbeiterInnen



Pascal Molinario
Teamleiter



Angela Koch
(bis 07/2016)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16

Mit Unterstützung von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Praktikantinnen im Berichtszeitraum: Tobias Fischer, Hendrik Trautmann

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, PartnerInnen und Persönlichkeiten zusammen – wir schätzen sie als Dialogpartner und die meisten spielen eine wichtige strategische Rolle für gemeinsame Ziele. Wenn unsere Argumente überzeugten, konnten wir auch im vergangenen Jahr wieder viele Verstärkungseffekte für uns erzielen, andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen, aber auch von ihnen lernen. Gleichzeitig stellen unsere Vernetzungsstrategien eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-MitarbeiterInnen oder Vorstände bei folgenden Partnerorganisationen inne:

Climate Action Network (CAN) +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Transform

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken sowie Vereinen und engagiert sich in einigen von ihnen im Rahmen von Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen:

Agrarbündnis +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Eine Welt Netzwerk Hamburg +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tcktckt Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG21) +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Ein weiterer wichtiger Erfolg, zu dem die Stiftung beigetragen hat, war die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle UnterstützerInnen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.germanwatch.org



www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung

nachdenken • klimabewusst reisen



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2015

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2015 betrugen rund 3.179.920 Euro (+1,97 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 81,26 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2014 ist der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ fast gleich geblieben, der Anteil der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ um rund 14 % gestiegen. Die Zuordnung zu den verschiedenen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen. Für die „externe Projektarbeit“ haben wir seit 2015 die Abgrenzung zur eigenen Projektarbeit geschärft, was zu einer starken Reduktion des so ausgewiesenen Betrags geführt hat.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen leichten Anstieg auf rund 75.075 Euro aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahl. Die Spendeneinnahmen lagen bei rund 148.257 Euro – ihr Anstieg ist auf ein deutliches Plus bei den projektbezogenen Spenden zurückzuführen. Mitgliedsbeiträge, allgemeine (nicht projektbezogene) Spenden und die abermals in Höhe von 10.000 Euro erfolgte Programmförderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, bei denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum im Sinne unserer Ziele handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Durch zusätzliche zweckgebundene Spenden der Stiftung Zukunftsfähigkeit konnten in 2015 Projekte durch Germanwatch neu initiiert bzw. erweitert werden, insbesondere unsere Arbeit zum Fall Huaraz und zum Projekt „Menschen Rechte Tiere“.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz unserer MitarbeiterInnen, Freiwilligen im Ökologischen Jahr und PraktikantInnen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten ist, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2015 und Vergleich zu 2014 für den Ideellen Bereich, die Vermögensverwaltung, den Zweckbetrieb und den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (im Folgenden abgekürzt als WGB)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)	2014	2015
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	73.375,94 €	75.075,26 €
2a. Spenden allgemein	59.747,33 €	50.841,52 €
2b. Spenden projektbezogen	68.292,79 €	97.415,44 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	2.079.606,46 €	2.031.705,47 €
5. Einnahmen CorA-Netzwerk	34.335,00 €	36.320,00 €
6. Sonstige Einnahmen	51.686,44 €	85.869,60 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	195.159,05 €	196.691,91 €
8. Einnahmen WGB	440.257,46 €	500.769,12 €
	3.012.460,47 €	3.084.688,32 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	1.045.846,37 €	1.184.685,65 €
10. Soziale Abgaben	205.479,51 €	218.721,96 €
11. Fremdhonorare	400.827,26 €	439.566,99 €
12. Miete/Mietnebenkosten	92.704,71 €	89.979,13 €
13. Abgaben/ Versicherungen	3.621,41 €	3.900,90 €
14. Beiträge	5.579,14 €	7.262,41 €
15. Reisekosten	150.659,70 €	146.971,61 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	19.630,63 €	13.156,98 €
17. Abschreibungen	12.019,10 €	14.682,02 €
18. Porto	26.006,85 €	26.969,87 €
19. Telefon/internet	11.917,39 €	10.753,32 €
20. Kopier- und Faxkosten	16.972,28 €	15.502,80 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	125.270,87 €	135.467,74 €
22. externe Projektarbeit ideell	314.667,06 €	64.739,45 €
23. CorA-Netzwerk	29.944,85 €	37.948,29 €
24. Bürobedarf	6.229,51 €	4.543,72 €
25. Bücher und Zeitschriften	2.342,33 €	2.768,21 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	20.230,04 €	17.784,91 €
27. Sonstiges	18.153,92 €	11.034,73 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	193.391,83 €	180.829,33 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	422.980,98 €	423.388,89 €
	3.124.475,74 €	3.050.658,91 €
C. Laufendes Ergebnis	- 112.015,27 €	34.029,41 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Zinseinnahmen	2.983,43 €	1.577,80 €
31. Miet- und Pachterträge	103.212,41 €	93.653,91 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	- 754,22 €	- 903,80 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	- 86.849,28 €	- 93.654,00 €
F. Ertragsneutrale Posten	- 104.171,14 €	- 24.319,12 €
(in 2014 nachrichtlich: hiervon 100.000,- € Kapitalausstattung Germanwatch-Stiftung)		
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	- 197.594,07 €	10.384,20 €
Gesamtergebnis 2015	Einnahmen	Ausgaben
ideeller Bereich	2.387.227,29 €	2.446.440,69 €
Ertragssteuerneutrale Posten	- €	24.319,12 €
Vermögensverwaltung	95.231,71 €	94.557,80 €
Zweckbetrieb	196.691,91 €	180.829,33 €
WGB	500.769,12 €	423.388,89 €
Summe	3.179.920,03 €	3.169.535,83 €

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014

Verbandszuschüsse	2014	2015
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst	167.619,47 €	213.042,67 €
European Climate Foundation ECF	203.581,70 €	213.022,53 €
Stiftung Mercator	284.845,59 €	132.575,04 €
Renewables Grid Initiative	60.000,00 €	62.500,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	0,00 €	61.716,87 €
Misereor	51.934,37 €	45.742,36 €
Eine-Welt-Netz NRW	42.000,00 €	42.000,00 €
Sonstige	31.829,07 €	15.117,34 €
Climate Works Foundation	0,00 €	9.756,95 €
Munich Climate Insurance Initiative (MCII)/GIZ	0,00 €	7.408,82 €
Toyota Stiftung	0,00 €	6.000,00 €
Heinrich-Böll-Stiftung	0,00 €	6.000,00 €
BINGO – Die Umweltlotterie	5.712,00 €	5.682,50 €
World Resources Institute	13.432,84 €	0,00 €
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	12.524,46 €	0,00 €
Landschaftsverband Rheinland	7.608,00 €	0,00 €
Alexander von Humboldt Stiftung	6.000,00 €	0,00 €
Hans-Böckler-Stiftung	5.070,00 €	0,00 €
	892.157,50 €	820.565,08 €

Davon wurden in 2015 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 203.910,22 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse von Behörden	2014	2015
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	439.195,79 €	419.917,12 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	371.033,60 €	369.940,91 €
BMUB über Umweltbundesamt (UBA)	195.419,84 €	194.063,92 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	90.576,40 €	79.307,19 €
Europäische Kommission (über Renewables Grid Initiative)	40.198,40 €	42.872,84 €
Auswärtiges Amt (über Bundesverwaltungsamt)	0,00 €	23.763,00 €
Land Berlin (über SNSB)	25.533,63 €	40.956,41 €
Europäische Kommission (über Uni Genua)	24.241,37 €	20.182,95 €
Sonstige	0,00 €	20.136,05 €
Stadt Bonn	1.249,95 €	0,00 €
	1.187.448,98 €	1.211.140,39 €

Davon wurden in 2015 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 110.466,51 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014

	2014	2015
Lightcycle	43.050,00 €	54.200,00 €
Munich Climate Insurance Initiative (MCII)	0,00 €	23.828,16 €
Global Climate Forum	9.500,00 €	19.000,00 €
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst	0,00 €	12.619,28 €
Humboldt-Viadrina Governance Platform	0,00 €	24.538,65 €
Ministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz, Saarland	0,00 €	9.666,00 €
Land Rheinland-Pfalz, Forstverwaltung	17.368,72 €	8.580,00 €
Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Sachsen	26.000,00 €	8.132,30 €
atmosfair	0,00 €	5.250,00 €
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	0,00 €	4.672,90 €
Stadt München, Referat für Bildung und Sport	0,00 €	4.600,00 €
Energieagentur NRW	63.408,84 €	0,00 €
Heinrich-Böll-Stiftung	7.000,00 €	0,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	22.125,00 €	15.495,00 €
Sonstige Einnahmen	6.706,49 €	4.171,90 €
	195.159,05 €	194.754,19 €

Davon wurden in 2015 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 15.003,93 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im WGB im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014

	2014	2015
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	225.666,27 €	383.936,93 €
New Climate Institute	0,00 €	92.393,48 €
Allianz Investment Management SE	0,00 €	5.000,00 €
Öko-Institut	0,00 €	4.000,00 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	141.850,94 €	0,00 €
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	49.277,90 €	0,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	5.500,00 €	0,00 €
Haus Wasserburg	3.060,08 €	0,00 €
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie	2.500,00 €	0,00 €
Sonstige Einnahmen	12.402,27 €	3.554,84 €
	440.257,46 €	488.885,25 €

Davon wurden in 2015 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 4.037,91 Euro einkommensneutral behandelt.

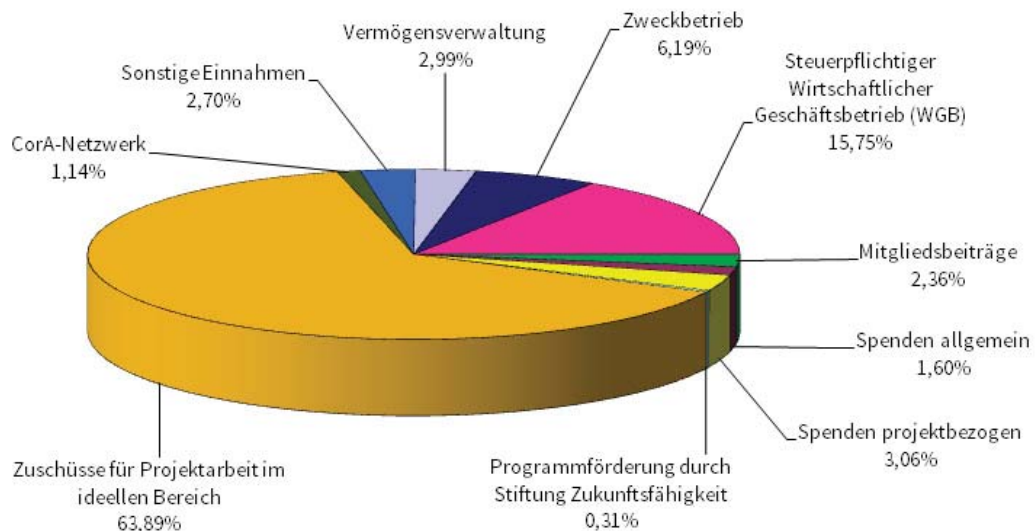


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2015

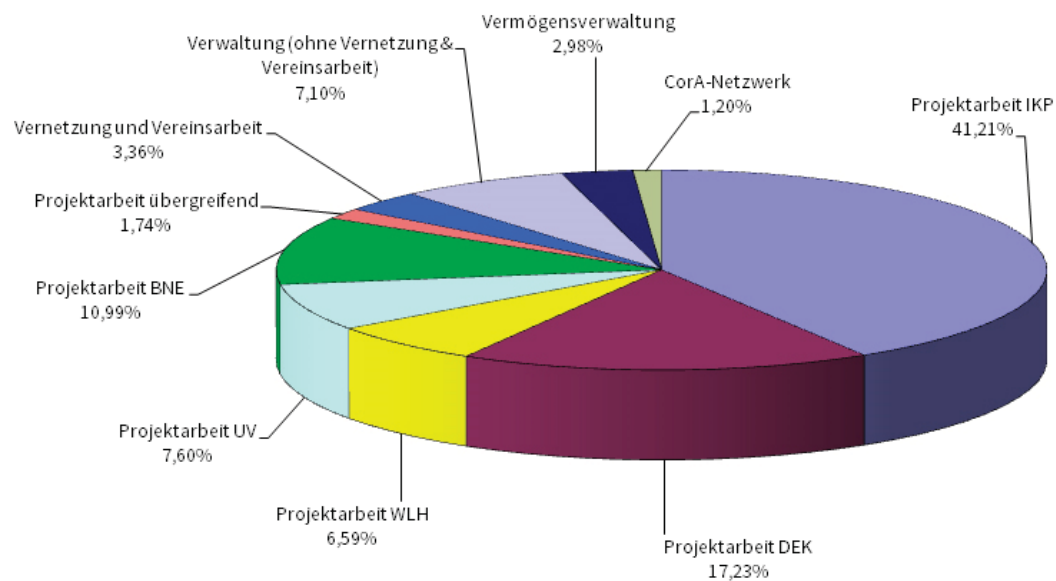


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2015 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen nach Tätigkeitsbereichen. Die Projektarbeit wurde nach unseren fünf politischen Fachteams gegliedert.

Der weitaus größte Bereich der Projektarbeit entfällt auf Aktivitäten des Teams Internationale Klimapolitik (41,2 % der gesamten Ausgaben, gefolgt von den Teams Deutsche und EU-Klimapolitik (17,2 %) und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (11 %).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil weiterhin die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammen-

genommen 1.662.216,75 Euro (davon 258.809,14 Euro außerhalb des ideellen Bereiches) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen – hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Bei den Personalkosten und Fremdhonoraren gab es gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und dem damit verbundenen größeren Aufwand von hauptamtlichen MitarbeiterInnen und Honorarkräften begründet.

Hinsichtlich der Ausgaben suchen wir kontinuierlich nach sinnvollen Einsparmöglichkeiten. So konnten wir erfreulicher Weise bei den Telefon-, Internet-, Kopier- und Faxkosten sowie Kosten für Bürobedarf eine deutliche Kostenreduktion erreichen.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2015 weist einen Gewinn in Höhe von 10.384,20 Euro auf und liegt damit nach einem notwendigen Rückgriff auf die Rücklagen in 2014 wieder im positiven Bereich. Dies ist Ausdruck davon, dass die Anstrengungen von Germanwatch, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, in 2015 wieder zum Erfolg geführt haben und uns ermöglichen, den absoluten Umfang der Rücklage wieder zu konsolidieren. Zum einen können wir so wichtige Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die MitarbeiterInnen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist. Zum anderen ist angesichts des Gesamtbudgets auch ein erheblicher Liquiditätspuffer zwingend erforderlich, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können.

Grundlagen des Finanzberichts

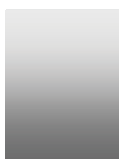



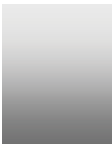
Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2015 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2015 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten KassenprüferInnen Ute Zander und Jürgen Daamen am 15.06.2016 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2014 über Körperschaftssteuer vom 04.02.2015 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.3: Bilanz zum 31.12.2015 und Vergleich zum 31.12.2014

AKTIVA		2014	2015
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	4.599,50 €	3.350,50 €
	2. Büroeinrichtung	3.042,00 €	2.433,50 €
	3. Computeranlagen	18.393,50 €	16.947,00 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	28.757,00 €	25.562,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	17.919,00 €	13.681,00 €
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
	6. GWG Sammelposten	3,00 €	3,00 €
		<u>72.714,00 €</u>	<u>61.977,00 €</u>
B.	Finanzanlagen		
	1. Sonstige Ausleihungen	40.814,19 €	40.834,60 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	299.881,51 €	191.994,39 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	53.368,82 €	32.546,08 €
	3. Flüssige Mittel	572.672,64 €	706.095,45 €
		<u>925.922,97 €</u>	<u>930.635,92 €</u>
D.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.468,00 €	1.200,00 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	<u>1.040.919,16 €</u>	<u>1.034.647,52 €</u>
PASSIVA			
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem § 62 Abs. 1Nr. 3 AO	372.547,03 €	382.931,23 €
	b) Posten gem § 62 Abs. 1Nr. 1 AO	<u>150.963,79 €</u>	<u>150.963,79 €</u>
		<u>523.510,82 €</u>	<u>533.895,02 €</u>
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	2.092,00 €	14.250,08 €
	Sonstige Rückstellungen	5.000,00 €	5.000,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	217.282,39 €	110.733,30 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	38.510,38 €	31.168,84 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	<u>247.811,31 €</u>	<u>332.888,02 €</u>
	<u>Summe Schuldposten</u>	<u>1.040.919,16 €</u>	<u>1.034.647,52 €</u>
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2015:		
	Vermögen des Vereins 2014	523.510,82 €	
	Jahresüberschuss 2015	<u>10.384,20 €</u>	
	Vermögen des Vereins 2015	<u><u>533.895,02 €</u></u>	

MitarbeiterInnen

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

	Ljiljana Djuric Sekretariat und Projektassistenz Büro Berlin		Lisa Meier Finanzreferentin		Ulrike Koll Finanzreferentin
	Andrea Taubert Sekretariat und Projektassistenz Büro Bonn		Heike Zbick Finanzreferentin		

Mit Unterstützung von Judit Mays sowie unseren Freiwilligen im Ökologischen Jahr (Marius Arnold, Ingo Heinze, Angela Koch, Inga Melchior)

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.germanwatch.org
oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.